



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

224 (26.5.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191474](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191474)

Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: Der Mannheimer u. Umgebungs monatlich, einjähr. M. 1.20 für Heimgelieferte u. Einschlagsgebühren. Postbezugspreis: M. 1.50 — ohne Einschlagsgebühren. Einzelhefte: M. 0.10. — ohne Einschlagsgebühren. Druck- u. Verlagsanstalt: Mannheimer Druck- u. Verlagsanstalt, Postfach 11, 6800 Mannheim i. B. u. Nr. 2017. Telefon: 2111. — Adressänderungen: Mannheimer Druck- u. Verlagsanstalt, Postfach 11, 6800 Mannheim i. B. u. Nr. 2017. Telefon: 2111. — Adressänderungen: Mannheimer Druck- u. Verlagsanstalt, Postfach 11, 6800 Mannheim i. B. u. Nr. 2017. Telefon: 2111.

Badische Neueste Nachrichten

Verlagspreis: Bei abendlichen Abdruck 1.50 M. — ohne 1.50 M. Einschlagsgebühren. Postbezugspreis: M. 1.80 — ohne Einschlagsgebühren. Einzelhefte: M. 0.15. — ohne Einschlagsgebühren. Druck- u. Verlagsanstalt: Mannheimer Druck- u. Verlagsanstalt, Postfach 11, 6800 Mannheim i. B. u. Nr. 2017. Telefon: 2111. — Adressänderungen: Mannheimer Druck- u. Verlagsanstalt, Postfach 11, 6800 Mannheim i. B. u. Nr. 2017. Telefon: 2111.

Ein Kanzler gegen das Reich.

Herr Hermann Müller ist Reichskanzler nur im Nebenamt. Im Hauptamt ist er sozialdemokratischer Parteifunktionär, und in dieser Eigenschaft hat er in Nürnberg, wo er an der Spitze der Liste steht, eine Wahlrede gehalten, um sich ein Mandat zu sichern. Daß er das tut, ist im Zeichen des parlamentarischen Regiments sein gutes Recht; wie er es getan, ist ein Ausschnitt aus unserem Zeitbild, das sich jeder Bürgersmann und jede Bürgerfrau als Mahnung für den 6. Juni hinter den Spiegel stellen sollte. Die sozialdemokratischen Blätter verzeichnen mit Genugtuung, daß der Reichskanzler sich ausschließlich gegen die Parteien der Rechten gewandt und erklärt habe, die Sozialdemokratie werde nie und nimmer in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten. Sein Vorgänger Bauer und der Reichspräsident Ebert haben bei jeder Gelegenheit hervorgehoben, daß nur durch das Zusammenwirken aller Deutschen gefunden könne. Dieser Reichskanzler neuesten Stils weist eine Partei von Staatsbürgern, die bereit ist, neben den Sozialdemokraten am Aufbau des Reichs mitzuarbeiten, von vornherein ab. Also ein Kanzler gegen das Reich, ein Parteibeamter der Sozialdemokratie; und das in einem Lande, wo bei den Nationalwahlen 55 v. H. der Stimmen für bürgerliche Kandidaten und 45 für sozialistische abgegeben worden sind. Eine solche Parteidiktatur ist der blanke Hohn auf den demokratischen Reichtumswillen des Volkes; vornehmste Aufgabe des Bürgertums wird es sein, sie durch die Reichstagswahlen abzuschütteln.

Auch heute wieder rufen wir dem Bürgertum zu, sich unablässig das Ziel vor Augen zu halten, das die sozialistischen Parteien erstreben und das in des Reichskanzlers Müller Worten klar genug gesteckt ist. Erstrebte das Bürgertum der Rechten ein Gleichgewicht der sozialen Kräfte, so erstrebt die sozialistische Demokratie ein Übergewicht der Arbeiterklasse. Und wenn die Mehrheitssozialisten es noch auf friedlich parlamentarischem Wege erstreben, so scheuen die Unabhängigen und Kommunisten auch nicht vor der offenen Gewalt zurück, und wir haben selber nicht hinreichend Bewußtsein, daß die Mehrheitssozialdemokratie in ihrer Gesamtheit ihnen in den Arm fallen wird. Sie neigt heute zweifelsohne mehr der rein sozialistischen Regierung als der Koalition mit bürgerlichen Parteien zu. Die Unabhängigen aber wollen sich mit keinem Wahlergebnis zufrieden geben, das nicht die sozialistische Herrschaft bringt oder wirksam vorbereitet. Schon vor einiger Zeit wurde berichtet, daß die Linksradikalen, falls die Alleinmacht der sozialistischen Parteien durch eine Verstärkung der bürgerlichen Parteien bedroht erscheine, den Zusammentritt des neuen Reichstags verhindern wollten. Und es hieß, daß Teile der Mehrheitssozialdemokratie diesem Plane nicht unfreundlich gegenüber ständen.

Wir sehen keinen anderen Weg, neuem Bürgerkrieg zu entgehen, als dadurch, daß Bürger und Bauern sich durchsetzen, soweit es ihre Kraft vermag, und keinen Zweifel darüber lassen, daß der Bürgerstand und der Bauernstand noch nicht gewillt sind, abzutreten zugunsten einer Gesellschaftsordnung, die keinen Bestand haben kann. Diese Stände denken nicht daran, die Arbeiterklasse ausschalten oder unterdrücken zu wollen, sie sind bereit mit den Arbeitern zusammenzuarbeiten am gemeinsamen Staat des gemeinsamen Vaterlands, während Herr Reichskanzler Müller die Koalition mit Parteien verschmäht, die die politische Vertretung dieser Stände darstellen. Aber freilich: vergewaltigen und überrennen lassen werden sie sich nicht mehr; eine gewalttätige Korrektur des Wahlergebnisses werden sie kaum ruhig hinnehmen und durch Drohungen werden sie sich nicht einschüchtern lassen, ihr Wahlrecht Mann für Mann auszuüben, um sich so friedlich und demokratisch zur Geltung zu bringen.

Wir schließen die heutige Betrachtung mit einem für die Stimmung des Bürgertums kennzeichnenden Vorkommnis in der sächsischen Volkstammer vom 21. Mai. Ein Leipziger bürgerlicher Abgeordneter wies darauf hin, daß in Leipzig heute die Spannung wieder groß sei und sich neue Putsche vorbereiteten, da dort die Unabhängigen in 17 Bezirken neuerdings mit Gewehren bewaffnete rote Garden bildeten, die selbst Schießübungen abhielten und jetzt bestrebt seien, sich noch mehr Waffen aus Sera zu beschaffen. Es wurde den Unabhängigen von bürgerlicher Seite bedeutet, die Zeit, das Bürgertum zu überfallen, sei vorüber; es werde sich zur Wehr legen.

Wahlverhinderung durch die Kommunisten.

Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner-Büro.) Wie der Magistrat von Sangerhausen mitteilt, ist es noch ungewiß, ob in Sangerhausen, nachdem bei dem letzten Putsch die Kommunisten dort die Wählerlisten auf dem Rathaus vernichtet haben, am 6. Juni wird gewählt werden können. Wie die Untersuchung jetzt ergibt, haben die Kommunisten auch in anderen kleineren und mittleren Städten Mitteldeutschlands ähnliche Ueberfälle auf Rathäuser und Banken geplant. In Eisenach wurden sie durch die unabhängige Sozialdemokratie daran gehindert. Die Verhaftung eines großen Teils der Sangerhausener Banditen hat die übrigen Orte vor Ueberfällen bewahrt. Im ganzen sind jetzt 19 Mitglieder der Bande verhaftet worden.

Womif ist die Sozialdemokratie belastet?

Das Deutsche Wahlbuch 1920, von dem hier schon mehrfach die Rede gewesen ist, zählt folgende Punkte auf: Die Mehrheitssozialisten sind belastet: 1. mit ihrem verhängnisvollen Vertrauen auf die Internationale während des Krieges und nachher. Die Internationale hat sich bekanntlich gar nicht gerührt; 2. mit Vorbereitung und Durchführung der Revolution inmitten des Daseinstampfes des deutschen Volkes;

3. mit den schädlichen Schnellgesetzen der Nationalversammlung; 4. mit den furchtbaren Zuständen, die sich aus den geschaffenen Verhältnissen in Deutschland entwickelt haben; 5. mit der katastrophalen Unfähigkeit der in die Regierung geschickten Persönlichkeiten; 6. mit der Ausübung einer noch nie dagewesenen Parteiherrschaft, die verfassungswidrig ist usw.; 7. mit der, von der im März 1920 nach Dresden geschickten sozialdemokratischen Regierung ausgegebenen Parole zum Generalkrieg, obwohl der Generalkrieg, bei welcher Gelegenheit es auch sei, von derselben Regierung als Verbrechen gekennzeichnet worden war.

Der Badische Bauernverband und die Parteien.

Im demokratischen Lager ist man sehr betrübt, daß der Badische Bauernverband den Demokraten die Gefolgschaft verweigert und daß die „beiden reaktionären Rechtsparteien und das Zentrum“ in ihm eine Unterstützung gefunden haben. Es wird ihm vorgeworfen, daß er, der ursprünglich politisch neutral habe sein wollen zum Eintreten für die Listen der Rechten oder für die des Zentrums auffordere. Und an den Vorwurf schließt sich das Bekenntnis: „In der Wirkung soll diese Aufforderung auf eine Schädigung der Deutschen demokratischen Partei hinauslaufen.“ Die Demokratische Partei begreift dieses Verhalten nicht und kann es sich nur dadurch erklären, daß der Badische Bauernverband von vornherein nur als Unterstützungstrupp für die reaktionären Parteien und das Zentrum gedacht war. Wir fürchten, daß auch diese Feststellungen auf den Bauernverband und seine Mitglieder keine Wirkung ausüben werden und daß die Demokratische Partei vergeblich auf die „freihetlich gestimmte Bauernschaft“ warten wird, die es dem „reaktionären Bauernverband“ schon heinzahlen werde. Wer das erwartet, kennt die Stimmungen in unseren bauerlichen Kreisen so schlecht wie nur die Demokratische Partei sie kennen kann, die nicht in diesem Boden wurzelt und kein inneres Verhältnis zur Bauernschaft hat. Die „Liste Haas“, wie man auf dem Lande den demokratischen Wahlorschlag vielfach nennen hört, erfreut sich keiner Sympathie bei unseren Bauern. Die Berichte aus dem Schwarzwald, aus dem Oberrhein, aus dem Taubergrund und aus Mittelbaden stimmen in bemerkenswerter Weise darin überein, daß die Bauern zu dieser Liste kein Vertrauen haben.

Die Konferenz in Spa.

Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berl. Büro.) Der Kanzler hat die Einladung zur Konferenz in Spa auf den 21. Juni angenommen. Trotzdem glaubt man in politischen unterrichteten Kreisen noch immer nicht recht daran, daß man zu diesem Termin in Spa sich zusammenfinden wird, aus den Gründen, die wir erst kürzlich hier darlegten. Nehmen wir an, die neue Regierung wäre in der Mitte des Juni gebildet, dann wird ein Minister des Reiches, der seine Mission ernst nimmt und von den Dingen etwas versteht, nicht schon wenige Tage später sich mit unseren bisherigen Gegnern an den Verhandlungstisch setzen wollen. Wie immer er es anstelle, würde er in der kurzen Zeit auf die ungeheuer schwierige Aufgabe, die seiner in Spa harret, sich nicht haben vorbereiten können. Ist aber, was wir nicht glauben möchten, die jetzige Regierung am 21. Juni noch im Amt, so wird sie erst recht den Weg nach Spa nicht, oder wenigstens nicht mit Ruhm antreten können. Die Regierung Müller ist ohnehin ein Provisorium. Dieser Charakter des Uebergangs- und Geschäftsministeriums wird sich nach den Wahlen natürlich verstärken und ihre Verhandlungsfähigkeit arg behindern, vorausgesetzt daß sie, was wir einstweilen noch bezweifeln möchten, überhaupt Verhandlungen wird führen wollen. Diese Verhandlungen werden in jedem Falle der Regierung eine gewaltige Verantwortung ausbürden, und wir können uns recht gut vorstellen, daß das Ministerium Müller nach Möglichkeit versuchen wird, diese Verantwortung von sich abzuwälzen. Neuerdings scheint ja nun auch Italien eine Verschiebung der Konferenz zu wünschen. Wir glauben nicht, daß man ihm dabei auf deutscher Seite widerstreben wird.

London, 25. Mai. Wie Resner vornimmt ist für die Konferenz in Spa die Ernennung einer Delegation des britischen Reiches beschlossen worden. Die Dominions sind aufgefordert worden, ihre Vertreter zu bestimmen.

Reichsminister Gehler über die Separatfriedensbestrebungen.

München, 26. Mai. (Privat-Tele.) Reichswehrminister Dr. Gehler behandelt in der „Bayrischen Staatszeitung“ die Separationsbestrebungen und unterscheidet zunächst drei Separationsherde, Bayern, Rheinland und Schlesien. Der Minister führte die wachsende Zentralisation durch Berlin als Grund an und sagt dann u. a.: „Welleicht hätte das Reich etwas mehr für Bayerns Industrialisierung tun müssen, hätte durch seine Verkehrsrisikopolitik den deutschen Süden weniger benachteiligen und den vorwiegend agrarischen Charakter der bayrischen Bevölkerung mildern sollen. In jüngster Zeit sind von den bayrischen Separatisten Fäden zu den rheinischen Separatisten gezogen worden, wie die bekannten Kölner Besprechungen dargetan haben. Die Freunde des bayrischen Postreinemachtens wissen, daß der deutsche Süden ohne die Ruhrkohle nicht leben kann, ohne die sein Verkehr und seine Industrie nicht einen Tag existieren kann. Umgekehrt kann das Reich im Besitze der Ruhrkohle die süddeutschen Separatisten (die auch in Württemberg ihren Anhang haben, der nur viel kläger, daher schweigsamer ist, aber gern von den Rastriern nährt, die Bayern aus dem Feuer holt) jederzeit in Schach halten. Daraus erhellt, wie wichtig es ist, daß das Ruhrgebiet nie vom Feinde besetzt werden darf.“

Gefährlich werden die Separationsbestrebungen erst, wenn sie von jenem Teil der Gegner Deutschlands, der uns noch immer zu balkanisieren wünscht, in seine Zwecke ein-

An die Frauen!

Der Evang. Frauenverband für Innere Mission in Baden erläßt folgenden Aufruf:

Frauen und Mädchen!
Die Reichstagswahl vom 6. Juni entscheidet über die Zukunft unseres Vaterlandes auf Jahre hinaus.
Auch Ihr, Ihr dürft, Ja, Ihr sollt mitwählen.
Eure Mitwirkung ist unbedingt erforderlich. Denkt ja nicht, die Befragung ist nur gegeben, Kirche und christliche Schule sind nun gesichert, das andere überlassen wir den Männern. Manche Gefahren drohen immer noch unseren heiligsten Gütern.
Große, wichtige Aufgaben stehen noch bevor.
Geht deshalb Eure Stimmen nur solchen Männern und Frauen, von denen Ihr überzeugt sein könnt, daß sie eintreten für Wahrung der Würde und der Rechte der Frauen, für Schutz der Ehe und der Familie, für Pflege deutscher Sitten und christlichen Gethes in unserem Volke. Wehr denn je kommt es auf jede Stimme an.
Am 6. Juni alle wahlberechtigten Frauen und Männer an die Urne!
Am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten ist Euer Recht, ist Euer Pflicht!

gepannt werde. Wenn unsere Postreinemachtspolitiker das begünstigen, ist es Hochverrat. Die Reichseinheit kann nicht theoretisch von papierenen Paragraphen erzwingen werden. Kulturell, innerpolitisch und wirtschaftlich wird die Dezentralisation, die Selbstverwaltung der Länder auch im Interesse des ganzen Reichstörpers fruchtbarer sein als die Diktatur einer Berliner Bürokratie. Dann muß auch der Süden durch Handel und Industrie inniger mit dem übrigen Reich verknüpft werden, namentlich mit dem Osten. Der deutsche Osten darf kein Gebiet bleiben, das mit dem Süden nur durch das Fluidum der Berliner Paragraphenlinie verknüpft ist. Es müssen direkte organische Beziehungen geschaffen werden. Umgekehrt verspreche ich mir viel davon, wenn ich meine süddeutschen Landsleute darauf hinweise, daß ein starker lebenskräftiger Osten, den sie zu schützen helfen müssen, auch sie vor der slavischen Flut schützt.

Die Vorgänge in Wilhelmshafen.

Reichswehrminister Gehler an die Wilhelmshavener Offiziere. Wilhelmshafen, 25. Mai. (WB.) Der Reichswehrminister hielt an die Offiziere und Abordnungen der Marinetruppentelle in Wilhelmshafen eine Ansprache, in der unter Hinweis auf die Märzereignisse u. a. sagte: Dadurch, daß der damalige Chef der Admiralität sich Kapp und Lüttich zur Verfügung stellte, entstand an der Wasserlinie ein besonders hohes Maß von Unklarheit und Verwirrung. Auf der einen Seite standen weite Kreise des Seeoffizierskorps, die glaubten, ihrem rechtsmäßigen, vom Reichspräsidenten eingesehten Borgefekten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Gehorsam leisten zu müssen. Da das Seeoffizierskorps in seiner Gesamtheit sich den Usurpatoren zur Verfügung stellte, kam es in Wilhelmshafen zu vorläufigen Gefährdung der Offiziere, die, soweit sie zu Unrecht erfolgt war, zu bedauern ist. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur seit Wochen kein Offizier mehr Dienst tut, sondern auch beide Teile: sich mit einem wachsenden Gefühl von Mißtrauen und Erbitterung gegenüber stehen, sich aber bis jetzt jeglicher Stellungnahme enthalten, weil sie sich des schweren Gewissensbisses beider Teile bewußt waren.

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, daß der Untersuchungsausschuss aufgrund eines einstimmig gefaßten Beschlusses sowohl für Wilhelmshafen, als auch für Kiel eine große Anzahl Offiziere vorschlagen konnte, die vollständig unbelastet aus dem Verfahren hervorgegangen sind. Für diese kann ich deshalb die Bürgschaft übernehmen, daß sie als Ehrenmänner von Charakter den verfassungsmäßigen Organen bedingungslos zur Verfügung stehen. Für sie muß ich aber fordern, daß ihren Dienstbefehlen unter Ausschluß aller andern Einflusses Gehorsam geleistet wird. Dafür wird sich aber die Regierung mit ihrer ganzen Autorität einsetzen. Es gilt, dem Vaterlande die beschiedene Wehrmacht zur See, die uns der Friedensvertrag gelassen hat, in bester Qualität zu erhalten. Wenn uns die Aufgabe manchmal zu schwer erscheinen sollte, so denken wir an die toten Helden von Skagerrak, deren Gedächtnis wir in diesen Tagen begehnen, und geloben, daß wir ihr Erbe auch in trüben Tagen getreu verwahren, nicht nur für uns, sondern vor allem für unsere Kinder und Enkel.

Kerzte und Krankenassen.

Berlin, 25. Mai. (WB.) Bei heute ab befinden sich die Krankenassen in Deutschland mit Ausnahme von Groß-Berlin mit den Kassenärzten in einem vertragslosen Zustande. Wie die D. A. J. von zuständiger Stelle erfährt, ist das Reichs- arbeitsministerium weiter bemüht, den Konflikt zwischen Kerzten und Kassen beizulegen und es dürfe erwartet werden, daß die Einigungsverhandlungen wieder geordnete Verhältnisse schaffen.

Düsseldorf, 25. Mai. Von heute mittag an wird die Kerzteschaft in Düsseldorf und in Groß-Duisburg sämtliche Mitglieder der Krankenkasse nur noch als Privatpatienten gegen Zahlung nach den Sätzen in der Privatpraxis behandeln. Dasselbe wird nach dem Beschluß des Leipziger Kerzterverbandes in allen Städten Deutschlands der Fall sein. Damit ist der offene Kampf zwischen Kassen und Kerzten ausgebrochen. Die Düsseldorfer Allgemeine Ortskrankenkasse teilt dazu in einer Zuschrift u. a. mit: Die Krankenkassen werden nunmehr dazu übergehen, den Mitgliedern die Unkosten für den Arzt in bar zu ersetzen. Das gleiche muß mit der Kerzterrechnung geschehen, solange die Kerzte keine Kassenrezepte be-

nahmen. Die Mittel der Krankenkasse werden dabei allerdings sehr schnell erschöpft werden, es sei denn, die Mitglieder schränken die Inanspruchnahme der Kasse auf das unbedingt notwendige Maß ein. Der Ärzteverein hat für etwaige auf Anregung der Kassenverbände oder der Regierung einzuleitende Einigungsverhandlungen die Bedingung gestellt, daß dann über sämtliche Streitpunkte, zuerst über die freie Arztwahl, verhandelt werde, daß vor dem Ende dieser Verhandlungen die Regierung nicht durch Verordnungen oder Maßnahmen in den Streit eingreifen, und daß die Kassen nicht versuchen, Notbeisler zu gewinnen.

Zu den Honorarforderungen der Ärzte durch die Krankenkassen war schon bemerkt worden, daß diese Forderungen, wenn sie auch ein Mehrfaches der bisherigen Höhe bedeuteten, doch nur etwas den Gehaltssteigerungen entsprächen, die die Kassen aus der Zeit heraus ihren eigentlichen Beamten schon längst zugestanden hätten.

Wahlvorbereitungen.
Ein erster Mahnruf.

Der 6. Juni wird für das deutsche Volk ein Tag größter Bedeutung werden und sein, denn zum ersten Male hat es zu bestimmen, wer in den Reichstag der jungen Republik einzuziehen soll. Es kann nicht schwer sein, zu erkennen, welche Richtung am Tage der Wahl eingeschlagen werden muß, nachdem die leitende, fast ausschließlich linksstehende Regierung es nicht verstanden hat, die in es geforderten Forderungen auch nur im geringsten Maße zu erfüllen.

Wie weit wir unter ihr gekommen sind, und noch kommen werden, darüber kann doch niemanden mehr im Zweifel sein, ebensowenig aber auch darüber, wenn am 6. Juni die Stimme gegeben werden kann und muß.

Nur eine fest im Sattel stehende Regierung kann noch insstande sein, die Geschicke unseres so schwer darniederliegenden Deutschlands noch innen und außen hin zu aller Wohl zu gestalten.

Wenn uns also der 6. Juni Gelegenheit gibt, unsere bisher immer lauter werdende Schlußfolgerung nach einer festen Regierung zu betreiben, so bedeutet er zugleich eine Aufforderung an jeden Einzelnen, seine Stimme nur demjenigen zu geben, die auch in der Lage sind, die geforderten Garantien zu geben, das sind einzeln und alle die Parteien der Rechten. Ihnen kann in jeder Beziehung Vertrauen entgegengebracht werden, denn die von ihnen aufgestellten Kandidaten gewährleisten ein deutsches Geistes und Verstandes für das, was uns bis heute geschieht.

Es muß daher eines jeden patriotischlebenden Menschen höchste Pflicht sein, seinem Willen nach Ordnung, Ruhe, Sicherheit, Arbeit und Brot dadurch Ausdruck zu verleihen, daß er nur dieser Partei seine Stimme gibt, denn nur durch sie ist das alles am schnellsten zu erreichen.

Es bietet sich auf Jahre hinaus dem Volke keine Gelegenheit mehr, am Wiedererstehen unseres geliebten Vaterlandes so mitbestimmen zu können als am bevorstehenden Wahltage.

Wäge sich ein jeder der seinen Würde unterwerfen, seinen Stimmzettel unter allen Umständen abzugeben.
Mannheim, 25. Mai 1920.

Ein Arbeitnehmers.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

Am Pfingstmontag, den 24. Mai, fanden mehrere Wählerversammlungen der Deutschen (liberalen) Volkspartei statt, die bewiesen haben, daß die Bauern die Bekämpfung dafür haben, daß gerade die Deutsche (liberale) Volkspartei ihnen zum Aufbau ihrer darniederliegenden Wirtschaft helfen kann und will.

In Reilingen sprach der Reichstagsabgeordnete Herr Dipl.-Ing. Frh. v. Böhne aus Schwellingen über die bisherige Arbeit und über die Bestrebungen der Partei; die Versammlung war auf den Wunsch, in der Aussprache konnten sachliche und persönliche Angriffe der demokratischen und sozialdemokratischen Gegner von dem Redner sowie dem Vorsitzenden, Herrn Gemeinderat Schneider-Reilingen, völlig widerlegt werden.

In Altkirchheim sprach in einer zahlreich besuchten Versammlung Herr Dr. Werner Freese aus Mannheim über die Entstehung und Entwicklung der Deutschen (liberalen) Volkspartei im Reich und in Baden sowie über die bisherigen positiven oder negativen Leistungen der Parteien in Sachen der Landwirtschaft, und dann Herr Stadtverordneter Max Meles, ehemaliger Stadtmittler aus Mannheim, in ausführlicher Weise über das gesamte Programm der Deutschen (liberalen) Volkspartei. Beide Redner erteilten starken Beifall. Der Vorsitzende, Herr Steuerbeamter Leonhard, konnte am Schluß der Versammlung darauf hinweisen, daß die Worte der Redner auf fruchtbaren Boden gefallen wären.

In Reulshausen sprach im vollbesetzten Saale des Börsen unter dem Vorsitz des Herrn Jakob Schwesinger, Herr Dr. Werner Freese aus Mannheim über die Entwicklung der Deutschen (liberalen) Volkspartei in Baden, sowie über die Stellungnahme der verschiedenen Parteien für oder gegen die Landwirtschaft und Herr Reichstagsabgeordneter Dipl.-Ing. v. Böhne aus Schwellingen in laudischer, verständlicher und begreifbarer Darlegung über die Ziele der Deutschen (liberalen) Volkspartei, im besonderen über den von dieser Partei vorgeschlagenen Gedanken der Arbeitsgemeinschaften und der Kammer der Arbeit. Reicher Beifall bewies, daß die Worte des Redners gute Aufnahme gefunden haben.

Deutschnationale Volkspartei.

— Weinheim, 24. Mai. Am Freitag, den 21. Mai war der deutschnationale Abgeordnete Staatsminister a. D. Frh. v. Düringer nach Weinheim gekommen, um auch hier seinen Wählern Rechenschaft zu geben von seiner Tätigkeit in der Nationalversammlung. In klarer und sachlicher Weise schilderte er der außerordentlich großen Versammlung die Arbeit der Nationalversammlung, die Schaffung der Verfassung und die Fertigstellung der neuen Steuer-gesetze. Er betonte, daß die deutschnationale Volkspartei trotz ihrer Oppositionsstellung doch in den Ausschüssen sehr viel positive Arbeit geleistet hätte. Am Schluß charakterisierte Frh. v. Düringer die Stellung der deutschnationalen Volkspartei zu den übrigen Parteien, seine mit den Worten: „Mit Gott für Volk und Vaterland“ ausklingende Rede erzielte begeisterten Beifall. An der Diskussion beteiligten sich nur Vertreter der äußersten Linken, von denen einzelne den Gang der Versammlung, der sich hauptsächlich auf der Höhe der Sozialpolitik bewegt hatte, auf dem Niveau eines Nationalitätenstreites herabzuziehen suchten. Lebhafter Zustimmung wurde daher dem Votum der Versammlung, Herrn Stadtverordneter v. Böhne, als er seine Enttäuschung über den Verlauf der Versammlung aus sprach.

Die innere Lage.

Die neuen Puffschöpfe.

Berlin, 26. Mai. (Priv.-Tel.) In den letzten Tagen wurden verschiedene rheinische Kommunistenführer verhaftet.

Der Deutschen Tageszeitung wird aus Stettin gemeldet: Es besteht zwischen dem Pommerischen Landbund und Paderborn nicht einmal Verbindungen, viel weniger noch mit den in Paderborn befindlichen Korps.

Verleumdung der Reichswehr aus Düsseldorf.

7. Düsseldorf, 25. Mai. (Bein.-Tel.) Das Reichswehrregiment 61 soll in das neue 100 000 Mann starke Heer eingegliedert werden und wird deshalb in den nächsten Tagen Düsseldorf verlassen, um eine neue Garnison zu beziehen. Ob Ersatz durch einen anderen Truppenteil gestellt wird, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Zum Tode Paasche.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Ueber die Erschießung des Kapitanleutnants Paasche werden jetzt auch amtlich und halbamtlich einige Darstellungen verbreitet, die indes noch keine Klarheit geben. Nur soviel ist sicher, daß eine amtliche Anordnung, Paasche zu verhaften, nicht er-



Der polnische Vormarsch gegen Sowjet-Russland. Militärische polnisch-ukrainische Front im 1920.

gangen ist. Bei der Beerdigung Paasches am Montag, die ohne Hinzuziehung eines Geistlichen im Park Gutshofes stattfand, sprachen am offenen Grab der Paasches, außerdem die Hausdame und mehrere Vertreter der Arbeiterschaft. Aus Berlin waren Vertreter der linksradikalen Partei erschienen.

Entsendung von Truppenteilen nach Ostpreußen.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Ende dieser Woche wird wiederum eine große Abteilung eines ehemaligen Infanterieregiments aus dem Munsterlager in die Moorgegend von Ostpreußen entsandt, um sich dort niederzulassen.

Besserung der Betriebslage der Eisenbahnen.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Einem Ausfrager des Berliner Tageblatts wurde im Reichsverkehrsministerium versichert, daß die Betriebslage bei den deutschen Eisenbahnen in den letzten Monaten sich gegen das Vorjahr gebessert hätte. Der Lokomotivbestand bei den ehemals preußisch-bessischen Staatsbahnen beträgt etwas über 23 000 Stück, das sind noch rund 1400 Maschinen mehr als wir vor dem Krieg besaßen. Allerdings sind von diesen 23 000 noch nicht 13 000 betriebsfähig, und die Leistungen der Eisenbahnerfahrpläne reichen nach wie vor nicht aus. Ein günstigeres Moment ist die gleichmäßigere Kohlenverforgung. Auch diese ist freilich noch nicht genügend. Der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten, Defer, erklärte dieser Tage, daß es außerordentlich schwer sein werde, den Eisenbahnbetrieb wieder wirtschaftlich rentabel zu gestalten. Aber unlosbar sei auch diese Aufgabe nicht, wenn in allen Teilen gewissenhaft gearbeitet würde, ja, „weim“!

Herr Burgemeister

Man spricht uns: Der Berliner Tageblatt Nr. 200 vom 18. Mai 1920 bringt einen Lebenslauf eines Generalleutnants a. D. Burgemeister, der es in sich hat, sein Amt anzunehmen, seinen Austritt aus der deutschnationalen Volkspartei mit Genugtuung zu erklären, die ganz auf dem Nationalismus des genannten Blattes beruhe. Wenn das Blatt dieses „Lebenslauf“ als Zeugnis für „Reinheitsverhältnisse“ innerhalb der deutschnationalen Partei bezieht, so hat hier davon abgesehen werden, daß der ehemalige „Genosse“ Burgemeister aus der deutschnationalen Volkspartei infolge von Meinungsverschiedenheiten ausgeschieden ist, die sich in Ostpreußen auf seine Forderung bezogen. Herr Burgemeister war damals liberaler Redakteur an der „Völkischen Zeitung“ und wurde dann Sozialdemokrat. Die sozialdemokratische „Münchener Volkszeitung“ Nr. 208 vom 18. 11. 1911 veröffentlichte u. a. folgende wörtliche Begründung für den Ausscheiden des Herrn B.: „Der Sozialismus wurde mir somit in einer Kulturkritik und in einer Kritik der in unserer Welt ablaufenden Vorgänge, in meiner Überzeugung nach voll und ganz Sozialdemokrat.“ — Ich habe persönlich mit einer Bekanntschaft befehen müssen, die ich nicht mehr vertreten konnte, ohne mich vor mir selbst zu rehabilitieren.“ — Herr B. nennt die Verbindung mit dem Sozialismus, der ihm heute durch das „Berliner Tageblatt“ wieder Genugtuung gewährt, Prostitution der eigenen Verbalität. — Damals wurde er Redakteur der sozialdemokratischen „Völkischen Zeitung“, aus welcher Stellung er infolge „unangenehmer Veränderungen“ alsbald ausschied. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nahm ihn dann auf und bekräftigte seine Enthaltungen über die Sozialdemokratie, bis er später sein konservatives Organ gründete u. der konservativen Partei schließlich ein konservatives Organ beistellte. Von dieser Seite die deutschnationale Volkspartei ihn übernommen, bis er am Verstand nach der Revue hat — wo er sich bessere Beschäftigung verschaffte. — Die Gründe seines Austritts aus der deutschnationalen Volkspartei sind oben angedeutet. Der alte Redakteur der „Völkischen Zeitung“ und Kultursozialist B. ist zu seinen Freunden zurückgekehrt. Wenn ich das „Berliner Tageblatt“ dazu beglückwünsche, so gönne mir ihm diese Freude ohne Reiz.

Aus der Bankbeamtenbewegung.

Zu dem Wunsch, eine Vermittlung in dem noch immer drohenden Streit im Bankgewerbe herbeizuführen, hat die Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe an den Reichsverband der Bankleitungen eine Eingabe gerichtet, in der ausgeführt ist, der Reichsverband habe zwar mit Wirkung vom 1. Februar an eine Neuordnung der Gehälter mitgearbeitet, die für den Durchschnitt der Angestellten ganz wesentliche Verbesserungen ihres Einkommens bringe; jedoch seien diese Vorteile einer großen Anzahl von Angestellten noch nicht zum Bewußtsein gekommen, da zwar zum Teil Rückschlüsse auf die Rechtslage gemacht würden, die regelmäßigen Auszahlungen jedoch noch nach den alten Sätzen vor sich gingen. Den Führern der Streikbewegung werde durch die langsame Durchführung der Neuordnung ein durch Angehörige längst überholter Agitationsstoff gegeben. Da aber die Neuordnung seit der Ausarbeitung der Neuordnung wesentlich geändert sei, wäre eine besondere Hilfe erforderlich. In Anbetracht der erheblichen Bedeutung, die gegen eine einmalige Wirtschaftskrisisbefreiung, welche zur Erreichung gestellt, eine Neuordnung mit rückwirkendem Charakter vom 1. März 1920 an zu bewilligen. Es werden 800 Mark für Verbeiräte und 200 Mark für Unterbeiräte vorgeschlagen. In der Eingabe heißt es: „Nach den Stimmungen bezeichnen die wir von unseren Mitgliedern von den verschiedenen Betrieben haben, nehmen wir mit Sicherheit“

an, daß bei einem Entgegenkommen in der von uns angelegten Weise die Streitigkeiten seinen wirksamen Widerhall mehr in der Angestelltenchaft finden wird.

Ausland.

Das Befinden Deschamps.

— Paris, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Der Präsident der Republik verbrachte eine gute Nacht. Seine Kräfte befeuchten ihn gestern morgen und gaben folgenden Bericht aus: Verbesserungen und Querschnitte am linken Bein. Allgemeine Besserbefindlichkeit. Zustand so befriedigend als möglich.

Die blutigen Zwischenfälle in Rom.

— Rom, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Die blutigen Zwischenfälle in Rom werden mit der Nationalistischen Hebe der Oppositions-Parteien gegen das neue Kabinett Nitti in Verbindung gebracht. Die Regierung ließ alle in Rom weilenden Dalmatiner und Flumaner verhaften.

Ein Zusammenstoß in Genoa.

— Rom, 26. Mai. (B. B.) Corriere de Italia vernimmt aus Genoa: Zwischen Manifestanten und Polizei kam es zu einem Zusammenstoß, wobei es drei Tote und einige Verletzte gab. Die Ruhe ist inzwischen wieder hergestellt.

Der neue italienische Arbeitsminister.

— Rom, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Das neugeschaffene Arbeitsministerium wird von dem radikalen Minister Abbiate übernommen. Dem neuen Minister im Arbeitsministerium obliegt die Vermittlung zwischen Kapital und Arbeit in allen Streitfragen und Konflikten.

Das neue bulgarische Kabinett.

Sofia, 26. Mai. (B. B.) Bulg. Tel. Agr. Infolge des Ausscheidens der Minister Buroff, Raggalareff und Danoff und des Eintritts der agrarischen Abgeordneten Omarschewski und Doff in das Kabinett sieht sich das Kabinett wie folgt zusammen: Präsident und Krieg: Stambulinski, Inneres Dimitroff, Finanzen Rotkoff, Handel und Arbeit Dastaloff, Unterricht Omarschewski, Post und Eisenbahnen Abdanoff, öffentliche Arbeiten Bataloff, Justiz Radloff, Ackerbau Doff. Das Ministerium des Ackerbaus ist noch nicht besetzt und wird bis auf weiteres vom Ministerpräsidenten geleitet.

Der Streit der irischen Dockarbeiter.

Dublin, 25. Mai. (WB.) Mehrere hundert Amerikaner sind gezwungen, in Irland zu bleiben, da die Docker sich weigern, deren Gepäck zu verladen.

Dublin, 25. Mai. (WB.) In den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahngesellschaften und den streikenden Dockarbeitern haben sich die letzteren unter der Bedingung, daß kein Kriegsmaterial befördert wird, zur vorläufigen Wiederaufnahme der Arbeit verpflichtet.

Die Karufen in Mexiko.

Washington, 25. Mai. Reuter. Das Staatsdepartement ist benachrichtigt worden, daß Villa den Engländer Miller, für den er ein Lösegeld gefordert hatte, freigelassen hat.

Mexiko, 25. Mai. Der Kongress wählte zum provisorischen Präsidenten Adolfo de la Huerta mit 44 Stimmen. Der Gegenkandidat General Pablo Gonzales erhielt 22 Stimmen.

Mexiko, 25. Mai. Am Montag nachmittag fand die Beilegung des Generals Carranzas statt. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Räumung Lehrers.

Amsterdam, 25. Mai. Wie Havos Reuter berichtet, wird die Räumung Lehrers erwogen. Die zum Schutze der Fremden notwendigen Maßnahmen sind getroffen worden. Die Roten Truppen bombardieren die Küste.

Letzte Meldungen.

Der unterbundene Verkehr in Ostpreußen.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) In Dirschau und Liebenhof stehen augenblicklich über fünf-hundert mit Gütern aus Ostpreußen beladene und für das Reich bestimmte Eisenbahnwagen, deren Abtransport durch den polnischen Korridor die Polen angeblich wegen Lokomotivmangel verweigern. Sie wollen offenbar die Gelegenheit benutzen, um neue Maschinen von Deutschland herauszupressen.

Der Vergewaltigungsriede mit Ungarn.

Budapest, 26. Mai. (B. B.) In ihren Leitungsartikeln betonen die Blätter, daß die Regierung, dem Zwange gehorchend, den Friedensvertrag unterzeichnen müsse, die ungarische Nation aber, die die ihr im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllen könne, den Zustand, der durch den Vertrag geschaffen wird, nicht als zu recht bestehend anerkennen könne.

Verstärkter Ankauf der Krupp-Werke durch Japan?

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Tokio wird gemeldet: Das Kriegsdepartement dementiert, daß es in irgend einer Art an einem japanischen Versuch, die Krupp-Werke in Essen zu Munitionsfabrikation zu kaufen, mitgearbeitet habe.

Die Ablieferung der Flotte.

□ Berlin, 26. Mai. (Von unserm Berliner Büro.) Aus Cherbourg wird gemeldet: Sechs große deutsche Torpedoläger, welche Frankreich zugewiesen wurden, sind gestern auf der Reede angekommen. Man erwartet noch einen deutschen Kreuzer für Mittwoch oder Donnerstag.

Der Verteidiger der Jonostrom gestorben.

Magdeburg, 26. Mai. (B. B.) Am Sonntag ist hier Generalfeldmarschall Börsen an einem Herzschlag gestorben.

Italienische Luftschiffahrt.

Rom, 26. Mai. (B. B.) Gestern morgen fand hier eine Probefahrt des transatlantischen Luftschiffes B 24 statt, das demnächst einen Flug nach Buenos Aires ausführen soll. Das Luftschiff hat einen Inhalt von 30 000 Kubikmetern und be-trägt anstelle einer Gondel eine Galerie aus Aluminium, die 100 Fahrgäste aufnehmen kann und mit allem Komfort ausgestattet ist.

Amerika blickt dem Wiederaufbau Europas fern.

— Washington, 26. Mai. (Priv.-Tel.) Obwohl die Vereinigten Staaten bisher noch keinen Delegierten für die Brüsseler Finanzkonferenz ernannt haben, wurde nichtsdestoweniger beschlossen, einen Vertreter dorthin zu entsenden. Dieser wird keine Vollmachten besitzen. Seine Aufgabe soll darin bestehen, der Konferenz in Brüssel zur Kenntnis zu bringen, daß die Vereinigten Staaten am Wiederaufbau Europas weder mit Anleihen noch mit Krediten mithelfen werden.

Aus Stadt und Land.

Mannheimer Kinderhilfe.

Ein festliches Konzert im Abteilungenjahr.

Am dem großen Liebeswerke der Mannheimer Kinderhilfe...

Sammlung des Mannheimer General-Anzeiger.

Table with names and amounts: Drucker Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, 500.-

Wir geben uns der bestimmten Erwartung hin, daß wir nach Veröffentlichung dieser ersten...

Befämpfung der Wohnungsnot durch Kleinhausebau oder Hochbau.

(Von Bürgermeister Dr. Ing. Dr. G. G. G. G.)

Unter obiger Überschrift hat vor kurzem der Mannheimer Stadtrat...

worden: je nach der Wahl der einander gegenübergestellten...

1. Einfamilienhaus mit Küche und Wohnzimmer im Erdgeschoß...

2. Dreiflüßiges Wohngebäude mit 6 Wohnungen von je 3 Zimmern...

3. Dreiflüßiges Haus mit Dachwohnung, also Hausform wie unter 2...

Hiermit sind einwandfreie Unterlagen gegeben für den Vergleich dreier...

Dabei ist noch gar nicht vom Mietwert der Wohnungen gesprochen...

Wo sind unsere nach Frankreich gefandten Gefangenenpatente und Päckchen geblieben?

In den letzten Monaten vor der Rückkehr der deutschen Gefangenen...

Der Besfall der Zuhörer wollte auch fast kein Ende nehmen...

„Strauß spielt!“

Strauß, Suppe und Willstätter gehörte der Abschiedsabend des Wiener...

reich abgehandelte Gefangenenleistungen den Empfänger nicht erzielten...

Rechtshilfen.

Selt einigen Tagen werden hier, so wie uns vom Städtischen Rechtsanwaltsamt...

* Aus dem Staatsdienste entlassen wurde Landwirtschaftsinspektor Franz Selz...

* Befördert wurden Justizsekretär Hans Jiegler bei der Staatsanwaltschaft...

* Ernannt wurden Oberrevisor Robert Heide bei der Eisenbahn-Generaldirektion...

* Übertragen wurde dem Oberstaatskontrolleur August Dittm in Heidelberg...

* Zugewiesen wurde Bauinspektor Joseph Koch bei der Schlussee der Bahnbauinspektion II...

* Zulassung als Rechtsanwalt. Vom Justizministerium ist Rechtsanwalt...

* Ernennung zum Oberkirchenrat. Von der Ev. Kirchenregierung ist...

* Aus dem Mannheimer Kunstleben. Otto Stiefel hat im graphischen Kabinett...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

* Theaternachricht. Die heutige Aufführung von „Der fliegende Holländer“...

Ein Jahrbuch des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg.

Das Theater ist vielen ein Lebensbedürfnis geworden; man hat angefangen...

Deutsch-nationale Volkspartei

Heraus aus dem Sumpf!

Helfferichs große Programmrede in Hannover am 21. April 1920.

Meine Damen und Herren! In wenigen Tagen wird das deutsche Volk berufen sein, zum zweiten Male seit der Revolution seine Stimme in die Waagschale seines Schicksals zu werfen. In die Waagschale seines Schicksals! Das ist kein leeres Wort, das ich da leichtsinig ausspreche, das ist die große Wahrheit, die unser Volk nicht schwerer und nicht ernst genug nehmen kann. Krieg und Revolution haben unser Volk in seinen tiefsten Tiefen erschüttert, haben gewaltige Kräfte, zerstörende leider mehr als aufbauende, aufgewühlt, deren Ringen nun zur großen Entscheidung drängt. Es geht für unser deutsches Volk um Leben und Tod. In dieser Stunde soll das deutsche Volk selbst durch die Wahl seiner gesetzgebenden Vertretung, durch die Wahl der Reichspartei, in deren Hände es sein Wohl und sein Wehe legt, seinen Willen bekunden und wieder einmal seines Geschicks Schlichter sein.

Aus den Revolutionswahlen des Jahres 1919 war die verfassunggebende Nationalversammlung hervorgegangen; sie hat Deutschland seitdem durch einen aus der Mitte der Reichsparteien hervorgegangenen Ausschuss, genannt Reichskabinett, regiert, ich muß richtiger sagen, mißregiert. (Lebhafte Zustimmung.) Im Volk ist der Unwille, die Auslieferung, die Empörung über die Unfähigkeit und Unrichtigkeit der Reichsregierung, die sich im Januar 1919 für die Reichsparteien gewährt haben, heute in einem ganz anderen Lager leben. (Sehr richtig!) Aber die Regierung und die Reichsparteien haben den Befehl der Reichsparteien nicht befolgt, sondern sich in ihrer Unfähigkeit und Unrichtigkeit gegen das deutsche Volk zu trennen vermögten. Sie haben feinerlei Anstalten getroffen, die Nationalversammlung, die nur zum Zweck der Feststellung der neuen Verfassung und ihrer Ausführungsgesetze gewählt worden ist, die ihre Aufgabe soweit die Verfassung in Betracht kam, schon im August vorigen Jahres erfüllt hatte, nun auch mit den Ausführungsgesetzen zu beschäftigen und dann auseinandergehen zu lassen, um Neuwahlen zum ersten ordentlichen Reichstag der deutschen Republik auszuführen. Wie der alte Kaiser am Ende seiner Tage zu dem Augenblick der Erfüllung seines höchsten Wunsches, so hat diese Reichsregierung zu der Nationalversammlung gesagt: „Werwelle doch, du bist so schön!“ (Große Heiterkeit und Beifall.) Und in der Tat, wenn es nach dem Willen der Regierung gegangen wäre, dann würde die Nationalversammlung nach recht langer Verweilung. Es bedurfte erst des verfassungswidrigen Gewaltstreiks der Rapp und Genossen, um die Repräsentanten der Revolutionen an die von ihnen selbst geschaffene Verfassung deutlich zu erinnern. (Sehr richtig.) Es bedurfte erst dieses Gewaltstreiks, um den „Vollregierung“, wie sie sich nennt, Kühlung vor dem von ihr selbst verbreiteten Recht des deutschen Volkes wieder beizubringen. Nach am 9. März dieses Jahres, also vier Tage vor dem Rapp-Putsch, hat der Reichsminister des Innern, Herr Roth, als Sprecher der Reichsregierung den Antrag der Reichsparteien, in Richtung der Verfassung die Nationalversammlung spätestens am 1. Mai zu schließen und innerhalb der verfassungsmäßigen Frist Neuwahlen zum ersten ordentlichen Reichstag auszuführen, sehr vom hohen Pferde herab als ganz unmöglich abgewiesen. Er hat erklärt, daß Neuwahlen oberfränkisch im November stattfinden könnten (Hört! Hört!), und er hat es sogar zweifeltlos gelassen, ob im November solche Wahlen stattfinden würden. (Hört! Hört!) Deutlich mit einem Male können die Herren auch anders.

Bekanntlich hat Herr Rapp in dem Programm, das er der stichtag gemordeten Regierung als Grundlage für eine Einigung nach Stuttgart durch General Raeder sandte, als ersten Punkt die unabdingbare Ausschreibung von Neuwahlen verlangt. Der Mann des Verfassungsbruchs hat sich hier also auf den Boden der Verfassung gegen die angeblich verfassungstreue Regierung gestellt. (Sehr gut!) Sollte sich nun diese Regierung durch den Staatsstreik Rapp das Gewissen haben spüren lassen? — Ich habe meine Zweifel. Ich sehe die Ursache für den plötzlichen Wandel des Standpunktes unserer Machthaber ganz anderswo: Ich sehe sie in der Witterung, die die Herren zu haben glauben für den parteilichen Vorteil. Vor dem Rapp-Putsch sah ja den Herren die Ischoternde

Angst vor dem Ruck nach rechts

in allen Ansehen. (Sehr Zustimmung.) Sie in der Wahl die Erhaltung der Kraft das oberste

Gesetz ist, so ist in der Politik für unsere Reichsparteien die Erhaltung der Macht zum obersten Gesetz geworden. Aus diesem Gesetz heraus, das Naturgesetz ist, verfolgten sie die Taktik, die Auflösung der Nationalversammlung so lange wie nur irgend möglich hinauszuschieben, denn diese Nationalversammlung mit ihrer Mehrheit verbürgte dieser Reichsregierung die Macht. Jetzt nach dem Rapp-Putsch, da glauben die Herrschaften, der Wind sei umgeschlagen, jetzt soll dieser günstige Wind ausgenutzt werden, ehe er wieder abbläst. Das Rapp-Eisen soll geschmiedet werden, so lange es heiß ist. Deshalb kann es nun mit den Neuwahlen auf einmal gar nicht vordringlich genug sein.

Meine Damen und Herren! Uns soll es recht sein (Zustimmung); wir begrüßen es aufrichtig, daß die Rapp-Äffäre wenigstens die gute Wirkung gehabt hat, unserem Verlangen nach baldigen Neuwahlen Geltung zu verschaffen.

Uns geht es nicht um Wahlkniffe, sondern um die große Sache des Vaterlandes.

(Stürmische Bravo!) Wir spüren nicht ängstlich nach dem Wetterhändchen und der Wetterfahne, ehe wir den Gang zur Wahl antreten; wir sind bereit, einerlei, wie der Wind gerade steht, den Wahlkampf aufzunehmen und mit den Gewählten, die unser Vaterland auf den Weg des Verderbens drängen, um die Seele des deutschen Volkes zu ringen. (Stürmische Bravo!) Aber darin sollen unsere Regner irren, wenn sie glauben, in diesem Wahlkampf mit dem Herrn über den Putsch der Herren Rapp und Genossen sich der Redensart für ihr eigenes Tun und Lassen in den 1 1/2 Jahren ihrer Parteiherrschaft entziehen zu können. Diese Redensart wird den Herren nicht gekraut. (Sehr Zustimmung.) Wir lassen uns durch kein interesseloses Geschrei und keine aufgebaute Entrüstung ablenken von den großen Dingen, um die es in diesem Wahlkampf geht. (Sehr gut!) Was ist uns Rapp angeht die hochgefahr der obliegen Zertrümmerung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, der Auflösung unserer Volksgemeinschaft, des ständigen und körperlichen Unterganges unseres Volkstums. (Sehr Zustimmung.) Aber gerade, weil es ein Verhängnis wäre, wenn das deutsche Volk durch parteiliche Manöver sich blind machen ließe gegenüber den wirklichen Gefahren seiner Lage, gerade darum lassen Sie mich zunächst ein offenes und ehrliches Wort sagen über die aufstrebenden Hoffnungen der letzten Wochen.

Ich nenne es eine große Unethik, ich nenne es eine verstoßende Verleumdung, wenn Männer, die es besser wissen müssen, den Versuch machen, die Schuld und Verantwortung an den neuen Wirren, die über das deutsche Volk heringebrochen sind, uns, den Reichsparteien, zuzuschreiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Deutsch-nationale Volkspartei ist und bleibt eine Partei der Ordnung und der Gesetzmäßigkeit

(Stürmische Zustimmung.)

Sie will dem deutschen Volk, das nach Krieg und Revolution endlich Ruhe und Ordnung braucht, die Schrecken des Bürgerkrieges ersparen. (Sehr gut.) Die Deutsch-nationale Volkspartei hat sich deshalb mit der durch die Revolution geschaffenen neuen Grundlage der staatlichen Ordnung — nicht befreundet, das hat ja niemand von uns verlangt, das wäre unethisch, wenn ich das sagen würde; aber wir haben uns mit ihr soweit ehrlich abgefunden, daß wir die uns menschenwert erscheinende Wendung des neuen Zustandes unter Verwerfung aller Gewalttakte lediglich in verfassungsmäßigen Wege erstreben. Wir lehnen jeden Gewaltstreik ab, wir verurteilen jeden Gewaltstreik, einerlei, von welcher Seite er kommen mag. Mit dem Rappischen Gewaltstreik hat die Deutsch-nationale Volkspartei nicht das allermindeste zu tun; ihre Führer haben, soweit sie Kenntnis von der Idee eines militärischen Eingriffs, eines militärischen Drucks erblieben, auf das dringendste von jedem Gewaltakt abgesehen und jede Unterstützung in voraus verweigert. Unsere Führer haben trotz des Abklingens des neuen Reichsjustizministers des Herrn Bland, der neulich so glänzend in der Nationalversammlung debütierte hat (Große Heiterkeit), der Reichsregierung eine em-

dringliche Warnung zukommen lassen. Wenn es trotzdem zum Putsch gekommen ist, so fällt

die Schuld auf die Regierung,

die in eiler Verblendung sich ihren verfassungswidrigen Nachgefühlen hingab, die sich allen berechtigten Forderungen weiter Volkstreue und der Reichswehr verschloß, die alle Mahnungen und Stürmjahren in den Wind schlug und schließlich in den kritischen Tagen ein Maß von Unachtsamkeit und Ungeheuerlichkeit an den Tag gesetzt hat, das geradezu unübersehbar ist. (Lebh. Zustimmung.) Nachdem am 13. März Rapp und Bittlich in dem von der Regierung verlassenen Berlin ohne Widerstand sich in den Besitz der Macht gesetzt hatten, konnte und beabsichtigte die Deutsch-nationale Volkspartei nur ein einziges Bestreben, das Bestreben, die Entwicklung der Dinge alsbald auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzuführen, dadurch neue schwere Krühen und eine neue, den Bestand des Reiches gefährdende Erschütterung zu verhindern und die Reichswehr, die sich durch einige wenige Persönlichkeiten gegen entschiedenen Widerspruch eines großen Teils der Offiziere vom verfassungsmäßigen Weg abbringen lassen, vor innerem Zwiespalt, vor der Auflösung von Disziplin und Ordnung und damit vor dem rettungslosen Verfall zu bewahren. (Sehr Bravo.) Das waren unsere Ziele.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Deutsch-nationale Volkspartei ihre gute Dienste zur Verfügung gestellt. Sie hat mit diesem Anerbieten nach anfänglicher Ablehnung bei den verschiedenen beteiligten Stellen, bei Rapp und Bittlich und bei den in Berlin verbliebenen Führern der Reichsparteien sowie bei den gleichfalls in Berlin verbliebenen im Namen der Regierung handelnden Vizelandes Schiffer, der dann freilich zum Lohn ausgeschickt worden ist (Heiterkeit), Verhandlung gefunden. Die Regierung mag es befehlen, soweit sie will, es ist eine historische Tatsache, daß in den Amtsräumen des Vizelandes Schiffer nicht nur verhandelt worden ist, sondern auch eine Einigung über die Beilegung des ganzen Zwischenfalls Rapp-Bittlich erzielt worden ist. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Es wurde nicht nur eine mündliche Einigung getroffen, sondern sie wurde auch schriftlich niedergelegt. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Spätestens am Dienstag, den 16. März hätte alles zu Ende und in Ordnung sein können, hätte der verfassungsmäßige Zustand ohne Schwerefeld und Blutvergießen wiederhergestellt sein können, wenn nicht das Gens der Reichsregierung, das in Stuttgart weit vom Schuß sah (Heiterkeit), wenigstens aus der Ferne altrömische Tapferkeit hätte markieren wollen. (Große Heiterkeit.) Durch das von keiner Kennntnis des Zustandes in Berlin geübte Dozieren der damals Stuttgarter Herren in Wege des Telefons sind kostbare Stunden und kostbare Menschenleben verloren worden. Während wir, die Reichsparteien, der friedlichen Verhandlung den Weg bereiteten, hat die Reichsregierung, zuerst von Dresden, dann von Stuttgart aus, alles getan, um die Dinge auf die Spitze zu treiben. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung und, in treuer Folgsamkeit ihnen helfend, die demokratische Partei (Gelächter. Rufe: Juden!) haben es für richtig gehalten, in dieser Situation zum Generalstreik aufzurufen, zum Generalstreik, den sie selbst gar nicht allzu lange vorher als eines der größten Verbrechen am deutschen Volke bezeichnet hatten. (Sehr richtig!) In ihrer sinnlosen Angst vor den Ruffern, die gar nicht so gefährlich waren, wie sehr wohl mit sich reden ließen, rief die Regierung Helfer, Nichte dann nicht mehr dannon konnte. (Sehr richtig.)

Was uns der 43-jährige Krieg erspart hatte, das wurde jetzt in weiten und wertvollen Teilen unseres deutschen Vaterlandes zum Ereignis:

Die deutsche Erde wurde zum Schlachtfeld

und zum Trümmerfeld (Lebhafte Rufe). Angesichts der Ereignisse in Sachsen und Thüringen und im Ruhrgebiet muß man schon bitter heissen und sozialdemokratischer Reichstanzler sein (große Heiterkeit), wenn einem das Wort von der „prachtvollen Abwehrbewegung der deutschen Arbeiter“ nicht in der Kehle stecken bleibt. (Lebhafte Beifall.)

Aus meine Damen und Herren, was das

gegenüber dem Rapp-Putsch gewonnen war, die gütliche Beilegung ohne Waffengewalt, das vermochte die Reichsregierung gegenüber der von ihr auf den Plan gerufenen bolschewistischen Bewegung im Lande noch lange nicht. Die an Leben und Eigentum bedrohten Bewohner der vom bolschewistischen Schrecken erschauerten Gegenden riefen um Hilfe und nochmals um Hilfe und obermals um Hilfe. Der Reichstanzler Müller glaubte, diesen Hilferufen gegenüber, wie er so schön gesagt hat, „Zurückhaltung“ üben zu dürfen, so lange sie nur von den bürgerlichen Parteien und den christlichen Gewerkschaften ausgingen. (Lebhafte Rufe.) Es handelt sich da für ihn offenbar um

Menschen und Staatsbürger zweiter Ordnung.

Erst als die Hilferufe immer lauter wurden und auch von mehrheitslosialischer und sogar von unabhängiger Seite kamen, hat die Regierung in Berlin begriffen, worum es ging, hat die Reichswehr hingeschickt und sich erinnert, was die vornehmste Pflicht einer Regierung ist: Schutz des friedlichen Bürgers gegen Räuber und Brandstifter. (Lebhafte Beifall.) Aber auch jetzt, nachdem sogar die Unabhängigen aus dem Ruhrgebiet um Hilfe riefen — die in Berlin waren allerdings anderer Meinung —, entschloß sich die Regierung, wie Sie alle wissen, nicht zum durchgreifenden Handeln. Diese Regierung, die nicht gezögert hatte, gegenüber dem Rapp-Putsch mit dem Generalstreik, dem grauamen Kriegsmittel der inneren Hungersnot, vorzugehen, diese selbe Regierung, die gegenüber den Rapp-Beuten jede Verhandlung als ihrer unwürdig bestritt, obwohl diese Verhandlung stattgefunden hat — die Abmachung ist nicht nur gehalten worden —, hat sich gegenüber den Hilferufen des Ruhrreviers äußern milde gezeigt, sich ihnen gegenüber aufs Bedauernde gesetzt, wie mit einer anerkannten krieglühenden Macht. (Rufe.) Sie hat schließlich in den

Distelfelder Abmachungen

mit den Ruhrrevier im Ruhrgebiet sich „geeinigt“ — sie mag's „Einigung“ nennen, ich nenne es „Kapitulation“ (Sehr richtig) — auf einer Grundlage, die den sozialdemokratischen Gewerkschaften eine verfassungswidrige Sonderstellung in unserem Staatsleben einräumt, — diese Regierung, die gegen andere den Vorwurf des Verfassungsbrechens erhebt. (Hört, hört!) Und diese Regierung, die gegenüber den Rapp-Beuten die äußerste Strafe des Gesetzes in Anwendung bringt, hat den Ruhrrevier des Ruhrgebietes Straffreiheit zugelassen. (Rufe.) Das alles im Namen der demokratischen Gleichheit und der demokratischen Gerechtigkeit! Ich muß sagen, bis zur Revolution habe ich mir unter diesen Worten „Gleichheit und Gerechtigkeit“ doch etwas Besseres vorgestellt. (Sehr richtig.)

Das, meine Damen und Herren, sind die Tatsachen und die Zusammenhänge. Und da mag man die Reichsparteien für den seit langem auf das genaueste vorbereiteten bolschewistischen Aufruhr mit seiner Folgebewertung, dem Einmarsch der Kronjosen in den Raingau, verantwortlich zu machen, uns, die Reichsparteien, rein, meine Damen und Herren, kein Aufwand von Lungentrost und Druckerchwärze wird die Tatsache aus der Welt schaffen: nicht an dem kopflos profanisierten Generalstreik ist der Rapp-Putsch gescheitert; der Rapp-Putsch war erledigt, ehe der Generalstreik eine Wirkung ausüben konnte, erledigt, weil Rapp, Bittlich und ihre Beute flüchtig blieben, weil sie sich unter dem Druck, der von uns ausgegangen ist, von der Unhaltbarkeit ihrer Situation überzeugten, weil sich die weltliche Kreise der Reichsparteien nicht hinter Rapp und Bittlich gestellt haben, weil die Leitung der Reichsparteien auf die sofortige Umkehr zur Verfassung drängte, weil deutsch-nationale Beamte und deutsch-national denkende Offiziere dem Rappischen Unternehmen die Gefolgschaft verweigerten. Daran ist das Rappische Unternehmen gescheitert, nicht am Generalstreik. (Sehr wahr!)

Und der Bolschewistenaufruhr im Ruhrgebiet und anderwärts, ging der etwa gegen Rapp und Bittlich, wie man heute behaupten will! Nein, da braucht man nur die Profanationen der Reien Volksgenäte und Sen-

... zu lesen, — er ging gegen die Regierung (Sehr richtig!), die die Köpfe frampft in den Sand steckt.

Der Bolschewistenaufstand ging gegen die Verfassung,

die nach Behauptung der Regierung durch jene „Abwehrbewegung“ geschächt werden sollte, er ging gegen jede staatliche und gesellschaftliche Ordnung, gegen Leben und Eigentum friedlicher Bürger. Hätte die Regierung und hätten die Wehrheitsparteien sich zu dem bolschewistischen Aufstand von Anfang an auf den korrekten und verfassungstreuen Standpunkt gestellt, wie die Deutschnationalen Volkspartei zu dem Kappstreich, hätten die Regierung und die Wehrheitsparteien darauf verzichtet, an dem angeführten Feind ihre Parteiluppe loszulassen zu wollen, namenlos Unheil wäre den heimgeleiteten Bondestellen erspart geblieben. Das ist die Wahrheit. Die Regierung und die Parteien, die hier, statt zu lösen, ins Feuer geschoben haben, können die Verantwortung für das, was sie in parteipolitischer Verblendung getan haben, nicht auf andere abwälzen, auf uns jedenfalls nicht. Wir nögen die Regierung und die Wehrheitsparteien auf diese Verantwortung fest und werden es tun bei jeder Gelegenheit, die sich gibt. (Lebhafte Beifall.)

Die Bewohner der heimgeleiteten Gebiete, die die Vorgänge mit eigenen Augen gesehen und am eigenen Leibe erlebt haben, werden der Regierung und diesen Parteien — davon bin ich überzeugt — bei den Wahlen ihre Qualitäten geben. Eine deutsche Qualitäten. (Sehr richtig!) Wir Deutschen haben in dieser ganzen Affäre unsern Schuld nicht gehalten. Wenn einzelne unserer Parteifreunde, wie Traud, um den es schade ist, sehr schade ist, den Kappstreich mitgemacht haben, so ist das kein Trennungspunkt gezogen. Ich warte aber immer noch darauf, daß die unabhängigen Sozialdemokraten den Abgeordneten Brach, der nach den Feststellungen des demokratischen Reichsverwaltungsrates Geßler die Reichsregierung bei den Ententegebern mit falschen Angaben denunziert und französische Truppen ins deutsche Land gerufen hat (Lebhafte Pfuirufe), daß die Unabhängigen diesen Abgeordneten von sich abschneiden. Darauf werde ich noch immer und darauf können wir wohl noch lange warten.

Wir, die wir Grund unserer Lebenshaltung auf dem Boden der Ordnung und Gerechtigkeit stehen, die wir jeden Gewaltstreik verwerfen, sei er revolutionär oder gegenrevolutionär, können guten Gewissens auch Stellung nehmen zu dem Vultch der Herren Kapp und Genossen. Wenn einzelne, die zu uns gehören, sich von diesem Wege haben abbringen lassen, so sorgen wir für Ordnung im eigenen Hause. Darum braucht sich kein anderer zu kümmern. Wenn aber die Männer und Parteien, die am 9. November 1918, dem Tage des Beginns der Waffenstillstandsverhandlungen mit Marischall Foch, Revolution gemacht haben oder sich hinter die von anderen gemachte Revolution gestellt und so unserm Vaterlande in der entscheidenden Stunde das Maßmaß bößlich gebracht haben, — wenn diese Männer und Parteien sich jetzt gegenüber Kapp und seinen Beuten als Hüter der gesamtdeutschen Entwicklung aufspielen, wenn sie nicht genug Worte und moralische Entrüstung haben können, um die Gewalt in der Politik zu verdammen, dann muß diesen Männern und Parteien

die Maske der Heuchelei

nom Gesicht gerissen werden. (Stürmischer, minutenlang andauernder Beifall.) Wollen sich etwa diese Herren als revolutionäre Begleitfiguren aufspielen? (Sehr gut!) Das hat es in der ganzen Weltgeschichte noch nicht gegeben und das glaubt ihnen auch in Deutschland niemand. Wer das Recht der Revolution für sich in Anspruch nimmt und genommen hat, wer es heute fortgesetzt im Künste führt, der mag gegenrevolutionäre Streiche bekämpfen. Wenn aber revolutionäre Maske sich darüber moralisch entrüsten, bis ihnen die Stimme überschlägt, dann machen sich diese Revolutionäre lächerlich und verächtlich. (Lebhafte, anhaltender Beifall. Zuruf: Weiner!)

Meine Damen und Herren! Ich will in diesem Zusammenhang nicht weiter reden; denn was ist die Kapp-Affäre schließendlich anders als eine einzelne Episode in dem gewaltigen Schicksalsdrama, das unser Volk jetzt durchlebt, als ein Symptom der schweren Krise, in der es für unser Volk nur

ein Ueberwinden oder ein Untergehen

mit. Das Ueberwinden fordert, daß unser Volk sich herausarbeitet aus der engen parteipolitischen Befangenheit, aus dieser Enge, in der es vom Tag zum Tage lebt, und nur das Ueberwinden steht, daß genug auch das nicht einmal. Es ist notwendig, daß unser Volk sich herausarbeitet zu einer klaren Erkenntnis der großen gesellschaftlichen Zusammenhänge, in die unser lebendes Geschlecht verstrickt ist, daß es in dieser Erkenntnis den Boden findet, durch den es aus allen Schwierigkeiten der Zeit heraus den Weg ins Freie endlich wiedergewinnt.

Meine Damen und Herren! Der verlorenen Krieg, die Revolution und der verpfändete Frieden haben unser Volk in alle Gefahren hineingeworfen, in Gefahren, die wir für alle Zeit überwinden glauben. Sie haben neue Gefahren heraufbeschworen, die sich nach nur wenigen Jahren auch die schwächste Phantasie für unser Vaterland nicht hätte ausdenken können. In einer 2000jährigen Geschichte des Leidens und der Kämpfe hat unser Volk, in die umrandete Rinde des europäischen Kontinent hineingeworfen, nach zwei Zielen immer und immer wieder getrieben. nach zwei Zielen, die seines Daseins Grundzüge waren und bleiben, nach der Einheit im Innern und nach dem Schutze gegen außen. In dem Kaiserreich der Hohenzollern sind beide Ziele verwirklicht worden. (Stürmischer minutenlang andauernder Beifall und Handklatschen.) Das Kaiserreich der Hohenzollern hatte uns, geführt von der Staatskunst eines Bismarck (Lebhafte Beifall), die Ideale gebracht, um die ungezählte deutsche Generationen gerungen und gebüßt haben, die Einheit des Reiches und das feste Schwert, das uns den Gegner vom Leibe hielt. (Lebhafte Bravo-rufe.)

Wie ein ferner müßter Traum lagen die Zeiten hinter uns, in denen das deutsche Volk in Kämpfen der Stämme, der Fürsten, der Religionen sich selbst

zerstückelte, die deutsche Erde das Schlachtfeld fremder Heere war. Auf dem Boden unserer wohlgeordneten Einheit blühte die deutsche Wirtschaft, kam Segen in die letzte Hütte; und unsere lange Zeit zurückgedämmte, jetzt sich frei entwickelnde Kraft drängte nach außen über Land und Meer, ließ uns mit den stärksten Handelsvölkern den Wettbewerb aufnehmen und darin vorwärts kommen.

So war es vor dem Kriege. — Und heute! — Unser Schwert, mit dem allein wir feindliche und eifersüchtige Nachbarn in Respekt erhalten haben, es liegt zerbrochen am Boden. Der Erfolg, die Idee der Völkerverbrüderung (Waden), ist für die anderen ein Zwirnstrang, für uns eine tödliche Fessel. Im Osten und Westen sind uns wertvolle Städte Deutschlands entzogen. Weit hinein ins deutsche Gebiet schiebt sich für unabsehbare Zeit eine fremde Besatzung, und noch darüber hinaus greifen bereits begierliche Hände. Schuß und rechtlos sind mit heute wieder wie ehemals jeder feindlichen Gewalt preisgegeben. Im Innern ist die mühsam erwungene Einheit von Volk und Reich fast noch ein Wort. Die alten auseinanderstrebenden Kräfte sind neu erwacht, und schlimmer als je der Hader der Stämme und religiöser Schwärmgeister ist heute der Kampf der Parteien und die Verheerung der sozialen Klassen. Das alte Erdbel hat uns wieder verlassen. Unsere Wirtschaft, unsere Finanzen, das Gefüge der staatlichen Ordnung, alles ist von schwerer Krankheit ergriffen. Wie früher ein schmerzhaftes Aufsteigen zu besserer Lebenshaltung, zu höheren Stufen des Daseins vorhanden war, da macht sich heute Hunger und Elend breit, Unbill und stürmische Verwilderung. Der Wucher und das Schleichertum blühen auf dem Trümmerfeld deutscher Größe. (Lebhafte Pfuirufe und Zurufe: Erzberger!) Der kommt noch! (Lebhafte Beifall und Heiterkeit.) Weiben wir zunächst bei diesem ersten Kapitel.

Alle unsere auswärtigen Leiden, die wir jetzt durchmachen, sie werden noch überschattet durch

die Gefahren der Zukunft.

Im Osten hat sich das Gespenst des Bolschewismus erhoben, das die Völker Mittel- und Westeuropas, ja die gesamte abendländische Kulturwelt in einer Weise mit Vernichtung bedroht, wie bisher in der ganzen Weltgeschichte nur ein großes Ereignis, die Völkerwanderung. Geben wir uns seiner Täuschung hin: der bößliche Druß, der erst durch die jahrelangen Kämpfe der Deutschen zurückgedrängt und zurückgedrängt war, dann in der Schöpfung des russischen Reiches durch Peter den Großen und Katharina II. unter deutscher Mitwirkung und Hilfe einen neuen Damm erhielt, steht heute wieder vor unsern Toren. Das russische Reich ist zusammengebrochen. Es ist heute kein Volk mehr, sondern der Hauptteil der bolschewistischen Gefahr. Jetzt steigen von neuem aus dem Innern dieses weiten Landes und den asiatischen Gebieten, die schon immer einem schließenden Vulkan gleichen, die alten historischen Gefahren für Europa heraus. Ich wiederhole: heute klopf mit dem Bolschewismus Asien an die Tore Deutschlands. Unser zusammengebrochenes, wehrloses, zerstücktes Volk wird heute wieder vor die historische Aufgabe gestellt, die ihm für das gesamte Abendland diese Jahrhunderte hindurch bis zu den letzten Türkenereignissen zu erfüllen befohlen war: den Schutz der europäischen Kulturwelt gegenüber dem ungeheuren Druß des kulturfeindlichen und kulturzerstörenden Ostens zu übernehmen. Es ist kein Zufall, daß Lenin in mangolische Gesichtszüge trägt (Zuruf: Ein Jude!). Er ist ausnahmsweise kein Jude. Es ist kein Zufall, daß schon vor Jahr und Tag in den Reihen der russischen Roten Armee chinesische Truppen mit der Kecktruppe bildeten. Wenn aber nun die zerstörende Arbeit der aus dem Osten bei uns importierten Ideen, die längst wirksam ist, durch den Einfall russischer Horden unterstützt wird, wenn diese Unterstützung finden durch deutsche Rote Armeen, so wird es dahin kommen, daß Deutschland für Jahrzehnte hinaus wieder das Schlachtfeld wird, auf dem, wie einst die Weltkriege, so jetzt die große Entscheidung zwischen dem russisch-asiatischen Bolschewismus und der abendländischen Kultur durchgeföhrt wird. Wir werden nicht leicht die Kultur zum dritten Male retten. Aber wir werden daran zugrunde gehen. Weltkrieg und Revolution werden sich zu einer Wiederholung und unlogischen Verschlimmerung des dreißigjährigen Krieges ausweiten, und dann wird es Raub werden über dem deutschen Volk.

Das, meine Damen und Herren, ist die Zeit, in der wir leben. So stellt sie sich uns dar, wenn wir die Augen vom Boden erheben und den Rut haben, dieser trübsamen Zeit ins Gesicht zu sehen. Aber dieser Rut fehlt bei uns in Deutschland. Die Erkenntnis fehlt. (Sehr mehr!) Diese Zeit verlangt das Höchste von denen, die Deutschlands Geschick lenken wollen. Sie verlangt das Höchste an Einsicht, an Schulung und Bildung, das Höchste an politischem Takt, das Höchste an Willensstärke, das Höchste an Mut, das Höchste an stiller Kraft. In diesen Forderungen der Zeit muß Tun und Lassen der Regierung und der Parteien gemessen werden. (Sehr richtig!), nicht im Sinne einer freisüchtigen und unerschütterlichen Kritik, sondern

im Ziele der Rettung vor dem drohenden Untergang.

(Lebhafte, anhaltender Beifall.) Die Notwehr völkischer Selbsthaltung ist heute das Gebot der Stunde. (Stürmischer Bravo-rufe.) Unserem Volke müssen die Augen geöffnet werden über die ungeheuren Gefahren seiner Lage, aber auch über die Unfähigkeit der bis heute regierenden Männer, eben diese Lage zu erkennen und sie zu meistern. (Lebhafte Zustimmung.) Es heißt mit Recht: „In ihren Freitäten soll ihr sie erkennen.“ Und darum lassen Sie mich Widen die Früchte des revolutionären Regimes einmal aufzählen und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich etwas deutlich werde dabei; denn es geht nicht um Personen und Empfindlichkeiten, sondern um die große Sache des Volkes und Vaterlandes, um Sein und Nichtsein, und da ist ein deutliches Wort ein Gebot der Pflicht. (Stürmischer Beifall.)

Ich werde Ihnen also

die Früchte des revolutionären Regimes zeigen, das ich datiere nicht vom 9. November, sondern aus den ersten Oktobertagen des Jahres 1918, in denen Prinz Max von Baden als letzter kaiser-

licher Kanzler mit den Herren Scheidemann und Erzberger als Staatssekretären und Schließern die sogenannte „Vollregierung“ begründete und in deren Hände die Geschicke des Deutschen Reiches legte. Das ist für mich der Ausgangspunkt. Dieses Regime begann nach außen hin mit einem Appell von der eigenen nach nicht gebrochene Kraft an das „Weltgewissen“ und an die Völkerverbrüderung; es begann mit dem Hülferuf an Wilson. Es setzte sich fort mit dem jammervollen Rotenwechsel über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen, in dem wir den Verhandlungen schon Stück für Stück unserer Lebensinteressen preisgaben. Es kam zu dem Abschluß des Waffenstillstandes zwischen Marischall Foch und dem Staatssekretär Erzberger, zu diesem Abschluß, der unter dem Druß der Kooperationsrevolution aus einer Waffenruhe zu einer Waffenstreckung geworden ist. (Pfuirufe.) Dann kamen alle die Leiden und Sorgen der monatlichen Verhandlungen über die Verlängerung dieses Waffenstillstandes, Verhandlungen, bei denen ein Erzberger mit unbeschränkter Vollmacht das Reich repräsentierte, in Grund und Boden repräsentierte. (Lebhafte Pfuirufe.) Finanziell und wirtschaftlich wurde der Strich um unsern Hals mit jedem Tag härter zugezogen. Unsere stolze Handelsflotte, die Hoffnung unseres Wiederaufbaues, wurde ausgeliefert ohne jede Not, und währenddessen gab der immer lähmende und immer mit sich zufriedene Herr Erzberger an das deutsche Publikum Bulletin heraus, die von dem Erfolg seiner Verhandlungen mit dem unerbitlichen Marischall Foch nicht genug Welens machen konnten. (Sehr wahr!) Zur Vollendung des Verhandlungsstückes wurde die Unfähigkeit, Autorsigkeit und Ratlosigkeit der Resolutionsregierung, als uns im Rat in Versailles die sogenannten Friedensbedingungen überreicht wurden. Meine Damen und Herren! Gegenüber diesem Marischall, das allen Phrasen von Gerechtigkeit und Völkerverbrüderung hohnsprach, das alle Zugaben, auf Grund deren wir die Waffen aus der Hand gelegt hatten — ich erinnere nur an die berühmten 14 Punkte Wilsons —, als Luft behandelt, gab es nur einen hohen Rat von Versailles dieses Marischall vor die Füße zu werfen. (Stürmischer andauernder Beifall.) Man hatte diese richtige Empfindung selbst in unserer Revolutionsregierung. Präsident Ebert sprach das Wort: „Wir werden diese Bedingungen unter keinen Umständen annehmen, komme, was da wolle.“ Scheidemann sprach das Wort von der „verdorrenden Hand“. In der Aula der Berliner Universität, zu den Füßen des großen Bildes, das Fichte darstellt, seine Reden an die deutsche Nation hielten, kam es zu dem feierlichen Schwur der Nationalversammlung: „Niemals“. Aber keine acht Tage dauerte diese Entschlossenheit. Die unabhängige Sozialdemokratie wird, solange es eine Weltgeschichte gibt, niemals den Vorwurf los werden können, daß sie ihren Drang zur Unabhängigkeit betätigt hat, indem sie bedingungslose Unterwerfung verlangte. (Pfuirufe.) Und Herr Erzberger — ich muß auf diesen meinen Freund wieder zurückkommen — (Heiterkeit), Herr Erzberger ließ sofort die Welt wissen, die so sehr aufmerksam und sehr willig auf ihn hörte, daß er bereit sei, die Versailles Bedingungen unbedenklich zu unterschreiben. Das haben ausländische Zeitungen berichtet, zu einer Zeit, wo sich wenigstens Graf von Brockdorff-Rantzau, der damalige Minister des Auswärtigen, noch die denkbar größte Mühe gab, Abmilderungen des Friedensvertrages herbeizuföhren. (Hört, hört!)

So ist es dahin gekommen, daß die deutsche Revolutionsregierung, vertreten durch die Herrn Müller, den heutigen Reichskanzler, und den Reichsminister ohne Kolonien (Heiterkeit) Herrn Bell, den Versailles Friedensvertrag unterzeichnet hat, diesen Frieden, der nach dem Bekenntnis Clemenceaus die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist. So ist es dahin gekommen, daß eine deutsche Regierung den Verrat am deutschen Volk mit ihrer eigenen Unterjochung sanktioniert und zu Recht gemacht hat. (Pfuirufe.) Nicht einmal ein Wort würdigen Einspruchs haben die Unterzeichner des Friedens in Versailles gefunden, sie haben stumm und wortlos unterschrieben. (Pfuirufe und Rufe: Landesverräter!) Sie haben nicht ein Wort des Einspruchs gesagt, wie es doch die elbisch-thüringischen Abgeordneten 1871 in der französischen Nationalversammlung gefunden haben, als im Spiegelssaal von Versailles, an der Geburtsstätte des Deutschen Kaiserreiches angesichts der Vertretungen unserer 27 Feinde das Todesurteil des deutschen Volkes von ihnen unterschrieben wurde. (Pfuirufe.)

Heute, nach der Besetzung Frankreichs und des Raingaus durch die Franzosen, tritt sich selbst einem so wackelnden Demokraten wie dem Kaiserlicher Abgeordneten Dr. Haas das Gesicht an, es wäre besser gewesen, damals alle Folgen der Untertanenerklärung des Friedens zu übernehmen, anstatt diese Ketten dauernder Leiden und Demütigungen zu tragen. Die Erkenntnis kommt leider fast ein Jahr zu spät. Aber Dr. Haas hat recht, denn heute wissen wir, und zwar durch Veröffentlichungen aus Ententequellen, daß die Bedingungen von Versailles nicht das letzte Wort der Entente waren. Wir wissen durch den Sekretär von Lloyd George, Herrn Kenned, der die ganzen Verhandlungen unter den Mikrophonen mitgemacht hat, daß die Versailles Bedingungen zum Abhandeln bestimmt waren. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Wie wissen, daß nur durch den Simeels auf das bisher zu erwerbende Abhandeln Amerika und England Clemenceau die Bedingungen weit über die ursprünglichen Absichten hinausgraben lassen, und wir wissen durch einen anderen Zeugen, Herrn Lardieu, eins der herausragenden Mitglieder der französischen Friedenskommission, wie das ursprüngliche Programm aussehend. Das heißt, wenn ich sage: wir wissen es, so sage ich zuviel.

Das deutsche Volk weiß es noch lange nicht.

Die Regierung ist ängstlich demütigt, es vor solchen Gemütsregungen, die sich gegen diese Regierung selbst lehnen könnten, zu bewahren. Aber gerade deshalb lassen Sie mich ein wenig auf die ursprünglichen Bedingungen, wie sie Herr Lardieu jetzt publiziert hat, eingehen und die wesentlichen Bedingungen des ursprünglichen Programms mit den von uns blindlings unterzeichneten vergleichen. Da heißt es im ursprünglichen Programm: „Keine französischen Besetzung deutscher Gebiete für länger als 18 Monate und keine auf dem rechten Rheinufer.“ Unterschreiben haben wir: Nicht nur die Besetzung des ganzen linksrheinischen Gebietes für mindestens 15 Jahre, sondern auch die Zulassung sogenannter

Brückenköpfe auf dem rechten Rheinufer. (Stürmischer Hört, hört!) Weiter heißt es: „Keine Abtretung der Saargruben an Frankreich und kein Sonderregime für die Bevölkerung des Saargebietes.“ Was das Saargebiet sollte bei Deutschland bleiben mit seinen Kohlenzechen. Unterschrieben haben wir ungenügende Uebereignung der Saargruben an Frankreich und internationaler Verwaltung des Saargebietes unter französischer Führung. (Erneutes Hört, hört!) Weiter heißt es im ursprünglichen Programm: „Zusicherung, daß Deutschland auf alle Fälle nach 30 Jahren seiner finanziellen Verpflichtungen an die Entente ledig sein soll.“ Unterschrieben haben wir unsere Schuldlosigkeit auf unabsehbare Zeit mit einem unbestimmten Vertrag. (Erneute Bewegung.)

Diese Proben mögen genügen, um zu zeigen, was eine geistliche und entschlossene Politik auch unter schwierigen Verhältnissen hätte erreichen können. Die vollendete Unfähigkeit, die hohle Unentschlossenheit und — ich will mich höflich ausdrücken —

Autorsigkeit unserer Regierung hat dem deutschen Volk den schlimmsten Teil des Versailles Friedensvertrages beschert.

(Lebhafte Zustimmung und Rufe: Aufhängen!), nicht aufhängen wollen wir bleiben lassen, niedriger hängen genügt. (Beifall und Heiterkeit.) Meine Damen und Herren! Seit der Unterzeichnung dieses traurigen Friedens haben wir eine Demütigung und Vergewaltigung nach der anderen erlebt. Das einzige Ausrüstungsstück von einiger Bedeutung, das erreicht worden ist, wenn auch nur bedingt, ist das in der Auslieferungsforderung und dieses Zugeständnis, worauf geht das zurück? Nach meiner Ansicht ist es einem einzigen Feinde oder immerhin wichtigsten Umstand zu danken, nämlich dem Umstand, daß unser Geschichtsträger in Paris, Freiherr v. Versner, ohne erst bei der Regierung anzufordern, die Annahme der Clemenceauschen Auslieferungsnote kurzerhand verweigert hat. (Lebhafte, stürmischer Beifall und Handklatschen.) Meine Damen und Herren! Sie sagen Bravo! Unsere Regierung hat nicht Bravo gesagt, sondern Herrn von Versner abgerufen. (Pfuirufe.)

Das Gegenstück zu diesem bedingten Erfolge in der Auslieferungsforderung ist jetzt

der Einmarsch der Franzosen in Frankfurt

und den Waingau. Was hier durch blöde Taperei und hilflose Schwäche gesündigt worden ist, übersteigt in der Tat alle Begriffe. Das klare Recht gegen den Versailles Vertrag stand und steht auf unserer Seite. Vor der Ratifikation hat Clemenceau in seinem Schreiben vom 23. Dezember 1919 an Herrn von Versner ausdrücklich folgendes anerkannt: „An keiner Stelle steht der Vertrag das Recht zum Vormarsch in deutsches Gebiet vor.“ Ebenso wenig kennt das Völkerecht ein Recht zum Einmarsch in fremdes Staatsgebiet.“ Er hat damit verbrieft, daß weder auf Grund des Versailles Vertrages noch des Völkerechts Frankreich das Recht hat, ohne formelle Kriegserklärung in deutsches Gebiet einzurücken. Unsere Regierung, hat sich auf diese zwei Säule des französischen Ministerpräsidenten zu verlassen. — Sie hat sie nicht verlassen, ich weiß es nicht (Heiterkeit) — hat sich darauf zu verlassen und es zum Siege oder Brechen kommen zu lassen, hat in solcher Position alles getan, um den Franzosen Vorwände für den Einmarsch zu liefern. Sie hat aus innerpolitischen Gründen die Lage im Ruhrgebiet in den rotesten Farben dargestellt, bis ihr das Rot des Blutes und der Flammen über den Köpfen zusammenstürzte. Sie hat in Berlin und in Paris zurücksitzend und widersprechende Erklärungen abgegeben, aus denen der Gegner sich ausdenken konnte, was er gerade für seine Zwecke brauchte, sie hat damit unseren Rechtsstandpunkt auf das allerhöchste kompromittiert; und als dann die französische Regierung den vortragenden völkerechtswidrigen Einmarsch unter dem deutschen Geschichtsträger in Paris offiziell mitteilte, daß sich kein Versner, der die Annahme verweigerte, sondern ein Herr Wauer hat sich gefunden (Zuruf: Jude!) — nein, er ist Rathbold und Rathbold des Zentrums —, der die Note geduldig entgegennahm und sie nach Berlin weitergab. Und auch in Berlin hat sich keine Regierung gefunden, die auch nur auf den Gedanken kam, auf die mitten im Frieden begangene Kriegshandlung mit demjenigen Mittel zu reagieren, das auch einem schwachen Deutschland zu Gebote stand, um zu zeigen, daß es wenigstens die Gewalt als Gewalt empfindet: den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Einstellung unserer Lieferungen an Frankreich aus dem Friedensvertrag. (Lebhafte Zustimmung.) Das war es, was ein Mann mit gesundem Verstand, der ein Blicken in Diplomatie und auswärtiger Politik erfahren ist, als richtig anerkennen mußte, sogar da auch in England, Amerika und Italien sich Widerstand gegen Frankreichs Vorgehen erhoben hat. Wenn dieser Widerstand schließlich abbläute, so ist das bei der Haltung der Regierung in Berlin kein Wunder. Der Widerstand der Verbündeten Frankreichs wäre zu einer ganz anderen Stimmung empfangen worden, unsere Regierung diese einzufließen und einzufließen. (Stürmischer Beifall.) Unsere Regierung kommt nicht auf solche Gedanken. (Heiterkeit.) Sie nahm Frankreichs Kriegshandlung — denn ein Einmarsch mitten im Frieden in fremdes Gebiet ist und bleibt eine Kriegshandlung — geduldig hin als eines der vielen unangenehmen Ereignisse, mit denen man sich abzufinden hat und die man nicht ohne weiteres ablehnen kann. Und sie hofft, daß Amerika und England und Italien vielleicht deutscher sein werden als die Deutschen. (Heiterkeit.)

So, meine Damen und Herren, wird in dieser entscheidenden Zeit unsere Politik nach außen geführt. Und nun wenden wir uns

die Blicke nach dem Innern.

Einzureihen hat man vorzuziehen, aber daß man das Aufhaben versteht, daß man habe ich auch nicht die ersten Wurzeln zu leben vermocht. Die alte Ordnung von Reich und Staat ist zertrümmert. Auf einer neuen Ordnung kommt mir nicht. Wir leben aber nicht in demselben, was nach Neuerungen aussieht, daß es uns erfüllt und gefüllt kann, vermag ich nicht zu behaupten. Wir leben wie die Reantien sich mehren, ich muß fast sagen, so Gopia wie wührendes Unkraut; aber die Unkrauter, in denen das Bewusstsein des „Aufgehobenen alten Regimes“ vorbildlich waren, um die Deutschland in der ganzen

Welt beneidet wurde (Lebhafter Beifall), schwinden mehr und mehr dahin.
Früher war das Beamtenum, von der obersten Seite, vom Kaiser und Könige angefangen, Ehrenamt an Volk und Staat, jetzt wird das Beamtenum mehr und mehr entwertet und zur Dienstleistung an der Partei und zur Vertretung einer Parteiangelegenheit (Sehr richtig).

Früher galt Fachkenntnis und Tüchtigkeit, heute gilt Parteiroutine und Gesinnungstüchtigkeit.

(Zuruf: Und Schnäfflein!) Gewiß, auch Schnäfflein. Früher war unter Stolz die unbewußte Intelligenz unserer Beamten. Heute muß der Eisenbahndirektor wissen, daß die preußische Eisenbahngesellschaft in einem einzigen Jahr fünf Millionen Eisenbahnkilometer hat beschaffen müssen. (Große Beifall.) Früher mochte die oberste Spitze des Staates mit freier Hand über den guten Ruf der Staatsdiener. Ich habe es mit erlebt, als Minister, als Beamter, wie gegen den Beamtenminister von Bobbelski wegen der Beihilfung seiner Frau an der Firma Toppeltsch öffentlich Ausstellungen gemacht wurden. Die sich im öffentlichen Leben erwiesen haben. Er hat niemals eine Bemühung gemacht, auch nur die kleinste Beihilfung für die Firma Toppeltsch zu erlangen. Aber als diese Beihilfung der Frau von Bobbelski an der Firma Toppeltsch zur Kenntnis des Kaisers gekommen war, hat der Kaiser, und Sie wissen, wie befreundet er mit Bobbelski war, geschrieben: „Er muß sehen, so viel ich sich auf ihm halte, und so fern ich ihn mag. Es darf auf meine Minister auch nicht der Schatten eines Zweifels fallen.“ (Lebhafter Beifall.)

Das war das „Kücheltelene alte Reime“, und das war die Denkschrift unseres Kaisers. (Stürmische Beifall.) Unserem neuen revolutionären Reime ist es vorbehalten geblieben, in diesen Reimen eine andere Praxis einzuführen. (Zuruf: Sozialminister!) Reicht vor einem ehrlichen Sozialminister? Leber die Minister würde ich was sagen, aber nicht über die Gesinnungen. Die neuen Reime ist es vorbehalten geblieben, auf der Ministerbank jemand zu bilden, gegen den nicht von der besten besten Persönlichkeit, sondern von einem früheren Minister und Minister der Vorwurf der unehrlichen Vermittlung privater und sozialer Interessen substantiiert erhoben worden ist, der als Kopf des politischen Geschäftsmachers von mir bezeugt wurde, und von dem ich annehme, daß ich in ihm

Die politische Korruption

bestimme. Ich glaube es war deutsch genug für alle, die anständig denken. Für die Regierung scheint es allerdings nicht deutsch genug gewesen zu sein. Ich habe schon im Juni vorigen Jahres an die Spitze des Reiches von meinen Anklagen gegen die Regierung Kenntnis gegeben. (Zuruf: Erzberger!) Ich bin nicht auf die Genealogie in einer rechtlichen Untersuchung und Reinigung gestiegen. Ich habe mich in der Öffentlichkeit dem Kampf gegen die nächsten nächsten Mann im neuen Deutschland angeschlossen. (Stürmische, minutenlang anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Meine Damen und Herren, es freut mich von Herzen, daß Sie zustimmen, aber ich kann Ihnen sagen, Leber hat man es mir nicht gemacht, den Kampf zu nur auszunehmen. Ich habe monatelang darum petitionieren müssen, daß durch einen Strafantrag die Sache gerichtlich erledigt würde, nachdem die Regierung die Sache nicht von sich aus in die Hand genommen. Ich habe die Antwort bekommen, als ich mich bei einer Untersuchung um Verleumdung stellte, ich möge mich abgeben, das Reichsjustizministerium mit der Frage befaßt sei, ob ein Strafantrag wegen Verleumdung des Herrn Erzberger gegen mich gestellt werden könne. (Große Heiterkeit.) Ich habe wochenlang den Versuch geführt. Aber so befand sich die Erklärung der ersten Verhandlungstage waren, Herr Erzberger blieb, gebildet von seinen Kollegen, Mitglied des Reichskabinetts bis zu dem Augenblick, wo das vernichtende Urteil eines deutschen Gerichtshofes den Mann stürzte, der unter dem Namen Max unter den „Volksbeauftragten“ des 9. November, unter Scheemann und Bauer die Seele der revolutionären Regierung und der transichale und transichale Vertreter des Reichs-Kabinetts gewesen war. (Lebhafter Zustimmung.) Aber mit dem gerichtlichen Urteil in meiner Angelegenheit ist das letzte Wort über diesen Mann nicht gesprochen. Der Mann hat die Kühnheit nicht, zu verschwinden, sondern auf neue für den Reichstag kandidieren zu wollen. (Zuruf: Wo steht er?) Er steht im wirtschaftlichen Oberland, seiner Heimat, wo man auf ihn hört und auf ihn schreit. Wie es schreit noch an Verleumdungen wegen seiner Steuerhinterziehung. Soweit ich mir habe ein Bild machen können, unterliegt es keinem Zweifel, wie es aussieht wird. Dieser von den Reichsbehörden durch die und durch die Finanzminister, der nicht genau über die Steuerhinterziehung der bestehenden Klassen und ihre Steuerhinterziehungen sich einzusetzen konnte, wird mit seinen empörten Worten sich selbst anreizen haben. Die Reichsbehörden empfinden offenbar auch hier kein Bedürfnis nach einer reinen Prüfung. Am 9. März drei Tage, die in meinem Prozess das Urteil gesprochen werden sollte, hat der öffentliche Telegraph für die „alternativen Töne“ die Behauptung des Untersuchungsrichters in der Verleumdung des Untersuchungsrichters angesetzt für die „alternativen Töne“. Inzwischen sind sechs Wochen verstrichen und ich warte immer noch. (Lebhafter Beifall.)

Ich frage Sie: Woher soll bei solchem Beispiel an den höchsten Stellen des Staates die Moral und die Reinlichkeit in unserer Beamtenschaft und in unserem ganzen öffentlichen Leben kommen? Ist es ein Wunder, wenn bei solchem Beispiel kleine und mittlere Beamte, die ihre Rat und Sorge in dieser schweren Zeit nach andere Behörden als Herrn Erzberger, den höchsten Beamten, den nur die äußerste Strenge in den höchsten Behörden überhaupt zu erlangen vermag? Ich für meine Person vermag nicht über den kleinen Mann den Sinn zu brechen, wenn die Regierung einen Mann wie Erzberger bis zur äußersten Grenze, in welcher hinaus, gebildet und gedeckt hat. (Lebhafter Zustimmung.)

Ich komme zur Wirtschaft.

Da kann ich mir nicht helfen: Die Wirtschaftspolitik der revolutionären Reichsregierung ist eine einzige

große Mißwirtschaft. (Sehr richtig.) Die Leute, die vor der Revolution die kapitalistische Wirtschaft in Grund und Boden freigelegt haben, waren, als sie zur Macht gelangten, unfähig, irgend etwas an die Stelle der von ihnen erschütterten, unterworfenen, schwach und krank gemachten Wirtschaft zu setzen. Die Sozialisten klammern sich noch immer, wie ein Crinifer an einen Kadaver, an das Erfurter Programm, dessen Undurchführbarkeit die Aufklärten unter ihnen längst erkannt haben. Unter dem Namen der „Sozialisierung“, unter der sich jeder, auch bei den Sozialdemokraten, etwas anderes denkt, wird gekämpft und gepöbelt, wird immer neue Störung in die Wirtschaft getragen und immer neue Erregung in die Geister. Die Hebung der Produktion, das einzige, was uns vor der Verelendung retten kann, wird als Ziel proklamiert, aber der Produktionsrückgang ist das einzige praktische Ergebnis, das bisher erzielt worden ist. Die Zwangs-Wirtschaft — aus der Not des Krieges geboren und schon im Kriege über das Notwendige hinaus wuchernd — ist nachgerade zur furchtbaren Bandplage geworden; sie züchtet den Produzenten mit Geißeln und den Konsumenten mit Störpfeilen. (Lebhafter Zustimmung.) Diese Zwangswirtschaft bedrückt das ehrliche Gewerbe in Stadt und Land, sie züchtet den Wucher und das Schieberium. Die Regierung steht ihr hilflos gegenüber; sie weiß die Zwangswirtschaft nicht durchzuführen, denn dazu gehört es, allein ein guter Vermittlungskörper und ein integriertes pflichttreues Beamtenum. Das hat eine Regierung nicht mehr, in die viel zu viel Elemente hineingekommen sind, die von alter deutscher Pflichttreue nichts wissen. (Sehr richtig.) Die Regierung weiß die Zwangswirtschaft aber auch nicht abzubauen, denn dazu gehört mehr Planmäßigkeit und wirtschaftliche Einsicht und mehr Unabhängigkeit von politischen Theorien, als unsere Regierung aufzubringen vermag. (Sehr richtig.)

In der

Sozialen Frage

hat die Regierung nichts erreicht als eine Vertiefung der Gegensätze und eine Verschärfung des Klassenkampfes. (Sehr wahr.) Sie schwankt fortgesetzt hin und her zwischen ihrer notgedrungen allmählich besser werdenden Einsicht und der Angst vor der Straße und der Masse. Das Betriebsrätegesetz ist eine Würgeschlange dieser unmöglichen Parung. Es zerstört den geordneten Gang der Unternehmungen, es verweigert die Unruhe in den Betrieben. Es vermag die radikale Arbeiterschaft nicht zu befriedigen, sondern regt nur zu neuen unerfüllbaren Forderungen an. Es wirkt nicht ausgleichend und produktionsfördernd, sondern es wirkt trennend und produktionshemmend. (Sehr wahr.)

Und nun

unserer öffentlichen Finanzen.

Sie sind unter dem Regime des Herrn Erzberger in eine mehr als trostlose Verfallung geraten. Ich kann es nicht anders sagen: Durch eine leichtfertige und leichtsinnige Schuldvermehrung ohnegleichen ist die Verschuldung des Reiches jetzt wirklich auf mehr als 200 Milliarden Mark angewachsen, auf zwei Drittel des gesamten deutschen Vermögens nach seinem Stande vor dem Kriege. Herr Erzberger hat wieder und wieder versucht, die Schuld auf die Kriegswirtschaft und namentlich auf meine Finanzpolitik zu schieben. Er hat mich ja zum „leichtfertigen“ oder „leichtsinigen“ Finanzminister“ ernannt, weil ich während des Krieges keinen Versuch gemacht hätte, neue Steuern einzuführen, sondern die Ersparnisse zu haben soll, die ganzen Kriegsausgaben aus Anleihen zu bestreiten. Meine Damen und Herren, das mag der Mann zu behaupten, der nach der eiddichten Befundung des damaligen Vorkrieges der Zentrumsfraction, Erzberger, meine Steuervorlagen in der Zentrumsfraction als überflüssig und für den Burgfrieden bedenklich auf das äusserste bekämpft hat, der dafür eingetreten ist, daß während des Krieges von Steuern ganz abgesehen werden solle. (Lebhafter Zustimmung.) Das ist die eiddichte Aussage des Herrn Erzberger, und demgegenüber wagt Herr Erzberger, der Mann, der meinen Steuervorlagen den größten Widerstand geleistet hat, zu behaupten, ich sei der leichtfertige Finanzminister, weil ich keine neuen Steuern hätte machen wollen!

Aber ganz abgesehen davon. Als ich Ende Mai 1916 nach 22 Kriegsmontaten die verantwortliche Leitung der Finanzen abgab, betrug die Kriegsschuld rund 40 Milliarden Mark. Beim Waffenstillstand stellte sie sich auf 140 Milliarden; sie waren also in der Zeit des Krieges, wo ich an der Leitung der Finanzen nicht mehr beteiligt war, um 100 Milliarden gewachsen. Heute sind wir auf mehr als 200 Milliarden Mark angewachsen. 200 Milliarden! Vergegenwärtigen Sie sich, was das heißt. Das heißt, daß 16 Monate des Revolutionsfriedens ungefähr halb soviel gekostet haben, als die ganzen 52 Kriegsmontate. Da haben Sie ein Bild der Wirtschaft, wie sie bei uns seit November 1918 geführt worden ist. Der Friedensmonat unter dieser Wirtschaft war 1 1/2 mal so teuer, als der Durchschnitt des Kriegesmonats.

Roch viel schlimmer als die berghoch angewachsene Verschuldung ist die hemmungslose Steigerung der öffentlichen Ausgaben auf allen Gebieten, vor allem die unerbötliche Verschwendung in den Reichs- und Staatsbetrieben. Der neue Reichsfinanzminister, ein Fraktionstollge des verstorbenen Herrn Erzberger, hat kürzlich für die Reichseisenbahnen einen Jahreshaushalt von nicht weniger als 12 Milliarden Mark in Aussicht gestellt. Das sind allein für die Eisenbahnen 2 Milliarden mehr, als die Zinsen für die 200 Milliarden Anleihen ausmachen. Wenn schon diese Zahl zeigt, daß unsere Regierung die Reichsfinanzen nicht einmal durch einen Bankrott, nicht einmal durch die völlige Annahmierung der Reichsanleihen sanieren könnte; denn wenn wir auch keine Zinsen mehr zu zahlen hätten, sind Milliarden von Defizit bei den Reichseisenbahnen und bei der Post zu decken. Die Regierung macht Ausgaben über Ausgaben ohne Prüfung auf den Gesichtspunkt ihrer Notwendigkeit, hauptsächlich um sich Änderungen im Lande zu erhalten. Deutschland kann mit seiner Steuerkraft diese Summen einfach nicht aufbringen. Solange nicht wieder einmal Courage den eisernen Befehl ergreift und für Ordnung und Reinlichkeit sorgt, sind wir auf dem Weg zum finanziellen Untergang. (Lebhafter Zustimmung.)

Leber

den Valutajammer

brauche ich kaum ein Wort zu verlieren. Als ich vor fünfzig Jahren, im Januar vorigen

Jahres, erklärte, in einer öffentlichen Verammlung, bei dieser Wirtschaft wird über Jahr und Tag die Mark keine 10 Pfennige im Auslande mehr gelten, brach Gelächter los, und man hielt das für unmöglich. Heute entspricht der Markkurs in Holland, der Schweiz und Amerika einem Satz von nicht mehr als 8 Pfennigen, teilweise waren es sogar nur 4 Pfennige. Die erste schäuderhafte Hebung unserer Saluta vom tiefsten Stande trat bezeichnenderweise ein, als nach dem Attentat des jungen Hirschfeld vom Krankenbett des Herrn Erzberger erlogenerweise 140 Pfennige gemeldet wurden. (Große Heiterkeit.) Unter diesen 140 politischen Putschschlägen des Herrn Erzberger hat die Besserung unserer Saluta eingeleitet. Aber, meine Damen und Herren, so sehr ich mich bemüht habe, die Dinge richtig zu beurteilen, in dem Wahlauftrag der Demokratischen Partei steht zu lesen, daß die Kreditfähigkeit des Reiches durch die gütige Wirkung der Demokratischen Partei wieder hergestellt sei. (Große Heiterkeit.) Das klingt, als ob alles, was wir sehen, hören und lesen, ein bloßer Traum sei für die Herren Demokraten. Aber ich kann mich von ihnen beim besten Willen nicht überzeugen lassen. Ich halte es doch lieber mit der Ehrlichkeit des Herrn Kossel, der neulich nach einer Erklärung des neuen Reichsfinanzministers im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung mit sehr ersten Worten ausführte, ein großer Teil des Volkes lebe heute wie im Taumel und mache sich von der wahren Lage keine Vorstellungen; die vom Finanzminister gemachten Mitteilungen müßten ihnen salbunglos machen, der bedenklich, was aus unserem Lande innerhalb Jahresfrist werden sollte. (Stürmische Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Es ist kein schönes Bild, was ich Ihnen entworfen habe. Aber noch schlimmer als alle Unfähigkeit und Hilflosigkeit der mahabehenden Kreise der herrschenden Reichsleitung ist der böse Wille.

Der Geist der Zwietsch und der Selbstzerstückung,

dieses Erbäuel des deutschen Volkes. Es ist nichts als ein Ausfluß dieses bösen Willens, wenn der Führer der Sozialdemokratie Scheidemann neulich in Kassel das alte Forderungswort erneuert hat: „Der Feind steht rechts.“ Es ist ein Rückfall in das alte Erbäuel, wenn Demokraten und auch manche Zentrumseure dieses böse Wort dem Herrn Scheidemann nachschreien. Für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, steht der Feind in erster Linie dort, wo fremde Truppen mitten im Frieden und rechts und links in deutsches Gebiet eingebracht sind. (Lebhafter Zustimmung.) Für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, steht der Feind da, wo unsere deutsche Kultur vom Untergang bedroht wird, und wenn ich schon auf deutsche Konditionen das schlimmste Wort vom „Feinde“ anwenden soll, dann steht dieser Feind dort, wo Deutsche auf deutschem Boden dieser Bedrohung von außen die Hand reichen, wo sie sich bereit zeigen, den Zerstückelungen unserer Feinde zu helfen. (Lebhafter Zustimmung.) Da hat wieder einmal wie in den schlimmsten Tagen der deutschen Geschichte der äußere Feind bei den deutschen Volksgenossen Unterstützung gefunden. (Zuruf: Ja.)

Und da frage ich weiter: Wo steht denn der Feind auf der rechten Seite? Wo ist denn der Feind da zu entdecken. (Zuruf: Im Berliner Tageblatt!) Heiterkeit.) Im „Berliner Tageblatt“? Das mag wohl sein, aber das „Berliner Tageblatt“ steht ganz gewiß nicht auf der rechten Seite. Gerade der Kapp-Putsch hat bewiesen, daß bei den Reichsparteien, die zum Feinde gestempelt und erklärt werden sollen, abgesehen von einzelnen, denen die vaterländische Sorge den Kopf verwirrt hat, dieser Putsch keine Unterstützung fand, daß wir Ruhe, Frieden und Ordnung in Deutschland wünschen und alles von uns weisen und verurteilen, was Unheil geben könnte zu neuen inneren Kriegen, zum Bürgerkrieg. Wenn wir aber feststellen müssen, daß gerade auf der äußersten Linken unter Förderung volkstümlicher Elemente offen zum Bürgerkrieg gehetzt wird, wenn rote Armeen, die aus der Erde gekämpft werden, unser deutsche Erde in ein Schlachtfeld verwandeln, wenn aus den Kreisen der Reichsparteien Aufmunterung oder schärfte verdeckte moralische Unterstützung ihnen zuteil wird, kann man es uns verdenken, wenn wir den Spieß umdrehen und rufen, nicht um Unfrieden zu stiften, sondern dem deutschen Volke die Augen zu öffnen:

„Der Feind steht links!“

(Stürmische Zustimmung.)

Diesen Feind, meine Damen und Herren, den wollen wir bekämpfen. Nicht mit der roten Gewalt, solange man uns nicht dazu zwingt, sondern auf gefestigtem Boden und mit geistigen Waffen. So werden wir in den besorgenden Wahlen kämpfen und die weitere Entwicklung des deutschen Volkes entscheiden lassen. So werden wir kämpfen und, so Gott will, auch liegen. (Lebhafter Beifall.)

Auf unser Banner schreiben wir in diesem Kampf die Worte: „Für Ordnung und gute Sitte, für Arbeit und sozialen Ausgleich, für deutsche Befreiung und deutsche Würde.“ (Lebhafter Beifall.)

Ich höre schon den Einwand: „Das wollen wir alle.“ In der Tat, wenn ich die verschiedenen Parteiprogramme durchlese, wie sie jetzt für den Wahlkampf neu zurecht gemacht werden, dann finde ich in allen großen Fragen eine geradezu rührende Übereinstimmung. (Heiterkeit.) Es kann einem der schmerzliche Wunsch kommen: Wenn nur die Deutschen in ihren Voten ebenso einig sein könnten, wie in ihren Worten! Denn wäre es in vielen besser bestellt, um unser armes Vaterland. (Sehr richtig.)

Aber es kommt nicht auf die Worte an, sondern auf den Willen; nicht auf das Programm, sondern auf den Willen, der hinter ihm steht. (Lebhafter Zustimmung.)

Wenn ich auf Geist und Willen sehe, dann auch ich den Parteien, die hinter den bisherigen Revolutionsregierungen standen, die Fähigkeit zur Durchführung eines solchen Programms abzusehen. (Erneute lebhafter Zustimmung.)

Ordnung und gute Sitte — Sind Parteien imstande, die staatliche Ordnung wieder aufzurichten, die alles getan haben und weiter tun, um das Gefüge des staatlichen Baus zu erhalten? (Lebhafter Ruf: Nein!) Gewiß, die Demokraten, das Erzberger-Zentrum, ja sogar die Reichsparteien mögen heute besser einsicht als in

früheren Zeiten, daß ohne eine straffe staatliche Autorität ein zehnjähriges Volk, wie aus demselben, eng gedrängt auf eng umschriebenem Raum auf die Dauer nicht zu leben vermag. Nun erhebt sich die Frage: Wie wird es mit dem bald verfallenden und bald gemiederten Belagerungsplan, die während des Krieges nur die bestmögliche Wartung gegen diese damals durch Kriegsnotwendigkeiten bedingte Maßnahme finden konnten. Mit dem Belagerungsplan kann jeder Feind regieren“ (Heiterkeit) — so hieß es damals. Und die Kyanwendung auf heute? Wo sind heute die mit den langen Ohren und der großen Intelligenz begabten Bedenkten? (Stürmische Heiterkeit.) Jedem haben die Köpfe das Wort gehört von dem „Koffisaal“, der den alten „Obrigkeitsstaat“ ablösen müsse. (Zuruf: Anstalt!) Ein schlimmes Schlagwort, ein verfallendes und verheerendes Schlagwort. (Sehr richtig.) Denn ein Staat ist weder ohne Volk noch ohne Obrigkeit denkbar. (Erneute Zustimmung.) Aber das Schlagwort hat in den Ohren der Masse Wurzel gefaßt. Wie sollen diejenigen, die die Massen zur Aufhebung gegen die Obrigkeit erregen haben, jetzt die gleichen Massen zur staatsbürgerlichen Unterordnung unter die Obrigkeit zurückzuführen, nur deshalb, weil sie heute zufällig selbst Obrigkeit sind? (Lebhafter Zustimmung.) Wir wollen die Rechte des Volkes nicht verkommen lassen, wir sind bereit, sie zu gewährleisten. (Sehr richtig.) Aber wir treten ein für eine starke Staatsgewalt (Wavol!), beruhend auf dem organischen Staatsgedanken, der alle Glieder und Kräfte des Volkes zu tätiger und freudiger Mitwirkung gelangen lassen will. (Erneuter Beifall.) Darum verlangen wir neben dem auf dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht beider Geschlechter beruhenden politischen Volksvertretung eine beruhsständig gegliederte Kammer der wirtschaftlichen und geistigen Arbeit. (Erneute Zustimmung.) In dieser Kammer sollen die einzelnen wichtigen Glieder unseres Gesellschafts- u. Staatskörpers in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zur Geltung kommen. (Zustimmung.) Einen vorherrschenden Einfluß oder gar eine Diktatur eines einzelnen Standes, sei er noch so zahlreich und wichtig, lehnen wir ab. (Lebhafter Zustimmung.) Wir können das Schicksal von Volk und Reich nicht einfach den sozialistisch gefärbten Handarbeitern überantworten. (Sehr richtig.) Wir haben kein Verständnis dafür, daß ein christlich organisierter Arbeiter weniger wert sein soll als ein sozialdemokratisch organisierter, daß ein Handarbeiter mehr politische Rechte haben soll als ein Kopfarbeiter, als irgend ein anderer deutscher Staatsbürger, der nicht gerade mit der „schmiedlichen Faust“ seine nützliche Arbeit verrichtet. (Sehr richtig.)

Hier, mit diesen Fragen, sind wir innerhalb der Zone unmittelbarer Gefahr. Auf diesem Boden werden die schwersten Kämpfe der nächsten Zeit ausgefochten werden müssen. Alle anderen Fragen der staatlichen Ordnung müssen deshalb jetzt hinter der Adwehr dieser drohenden Gefahr zurücktreten. Auch die Frage der Wiederherstellung der Monarchie. Die Deutschnationale Volkspartei erblickt in der Monarchie die der geschichtlichen Entwicklung und der Eigenart des deutschen Volkes am besten entsprechende Staatsform. (Lebhafter Beifall.) Wir werden diese Staatsform als Endziel immer im Auge behalten. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Aber wir werden dieses Endziel nur auf verfassungsmäßigem Wege und mit geistigen Waffen erreichen. (Lebhafter Beifall.) Wir rechnen darauf, daß unser Volk auch in den breitesten Massen mehr und mehr die Erkenntnis dämmern wird, was es in der Monarchie verloren und was es in der Republik — nicht gewonnen hat. (Stürmische Zustimmung.)

Und die gute Sitte im öffentlichen Leben? — Soll ich Ihnen erneut den Namen Erzberger nennen? Können Männer und Parteien, die mit diesem Manne, trotz aller Warnungen, bis zuletzt sich solidarisch zeigten, die mit ihm zusammengearbeitet haben, die ihn bis über die Grenzen des Möglichen hinaus zu halten versucht haben, — können diese Männer und Parteien eine Wirkung erwarten, wenn sie für die notwendige Reinigung eintreten? (Lebhafter Zuruf: Nein!) Die Beamtenschaft, das ganze Volk muß das Gefühl haben, daß seine obersten Spigen, daß die Regierungen frei sind von jeder Verdringung mit politisch-gefälschter Unaufrichtigkeit. (Sehr richtig.) Eher kann es nicht besser werden!

Wir wünschen die gute Sitte im öffentlichen Leben zu fördern, die Verletzung des stillen Bewußtseins im ganzen Volke. (Lebhafter Zustimmung.) Die stillige Wiederkehr, in der wir die Vorauslegung für die Wiederherstellung des deutschen Volkes erkennen, läßt uns die Religion nicht — wie den Sozialdemokraten und Demokraten — als Privatsache, sondern als Volkssache erscheinen. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall und Händeklatschen.)

Arbeit und sozialer Ausgleich — Beides gehört zusammen; denn nur im Wege des sozialen Ausgleichs wird es möglich sein, den Arbeitswillen und die Arbeitsfreudigkeit in einem Maße zu heben, daß für das deutsche Volk wieder ein menschenwürdiges Dasein möglich wird. (Zustimmung.)

Wie soll der soziale Ausgleich herbeigeführt werden durch eine Partei, die den mangelhaften Klassenkampf seit Jahrzehnten ihrer Anhängererschaft in den Kopf gehämmert hat? Wie soll die Arbeitslust gehoben werden durch eine Partei, die ihren Anhängern die Arbeit immer nur als eine Lohnfrage, die im Kampfe mit dem Unternehmer und dem Kapital ausgefochten ist, dargestellt hat? (Lebhafter Beifall.) Wie sollen die verhängnisvollen Folgen dieser sozialdemokratischen Erziehung. Wir leben, daß die Arbeiter glauben, ihr Los durch fortgesetzte Lohnkämpfe verbessern zu können, natürlich auf Kosten des Kapitals. In Wirklichkeit hat in Friedenszeiten Unternehmer- und Kapitalgewinn kaum mehr als 10 Prozent der Arbeitslöhne in Anspruch genommen (Hört, hört!), als Vergütung des arbeitenden Kapitals, als Entlohnung der vom Unternehmertum geleisteten geistigen Arbeit, als Entgelt für das Risiko des Unternehmers und als Quelle für die in jeder fortschreitenden Volkswirtschaft nötige Neubildung von Kapital. (Sehr richtig.) Was mehr der sozialdemokratisch erzeugte Arbeiter davon, daß aus diesen 10 Prozent nennenswerte Lohnverbesserungen nicht getragen werden können, daß deshalb die notwendige Folge der fortgesetzten Lohnkämpfe eine Steigerung der Preise ist (Sehr richtig), jenes Welttrennen zwischen Lohn und Preisen, das wir zu unserem Schrecken täglich neu erleben und bei dem die Preise immer

Handel und Industrie.

Kostheimer Cellulose- und Papierfabrik, Mainz-Kostheim.

Der Bericht für 1919 führt über das Ergebnis aus: Trotz aller Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, fortlaufend die notwendigen Brennstoffmengen heranzuschaffen...

Die Bilanz weist folgende Hauptziffern aus: Das Maschinenkonto weist einen Zugang von 127.974 M., Werkzeuge und Geräte einen solchen von 104.056 M. aus...

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 25. Mai. (Drahtb.) Bei stillem Geschäft hielt die schwache Haltung auf allen Gebieten an...

Table with 3 columns: a) Staatspapiere u. Bankaktien, b) Bergbau und Eisenindustrie, c) Steine und Erdenindustrie, d) chem. u. elektr. Industrie, e) Sonstige Industrie.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Bund südwestdeutscher Weinhändlervereine hielt in Mainz eine Vertreterversammlung ab. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem im Reichswirtschaftsministerium geschaffenen Weinbeirat...

Ein neues Wasserkraftwerk an der Enz. oc. Bretten, 26. Mai. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Gemeindeverbandes des Elektrizitätswerkes Enzberg...

Die Donauschiffahrt unter englischem Einfluß. Ueber die Bestrebungen einer englischen Finanzgruppe, einen beherrschenden Einfluß auf die Donauschiffahrt zu gewinnen...

Millionen Kronen und für jeden Schlepper 0,75 Mill. Kronen. Der deutschösterreichischen Nationalversammlung steht ein Prüfungsrecht der Verträge zu.

Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen. Die Verwaltung beantragt die Erhöhung des Aktienkapitals um 35 auf 60 Millionen M.

Der Verband Deutscher Herdfabrikanten hat in seiner letzten Hauptversammlung in Anbetracht der bedeutenden Lohnerhöhungen beschlossen, die heutigen Verkaufspreise um 5 % zu erhöhen...

Die Internationale Transportgesellschaft Gebr. Gondrand A.-G. in Basel verteilt auf die Vorzugsaktien 6 % (5) Die Stammaktien, die im Vorjahre 7 % erhielten...

Neueste Drahtberichte.

Berlin, 26. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Königl. Messe, genannt Rheinische Musterschau, die im Juni stattfinden soll...

Die Preisgestaltung in der Elektrotechnischen Industrie. Berlin, 26. Mai. (Eig. Drahtb.) Die Preisstelle des Zentral-Verbandes der Deutschen Elektrotechnischen Industrie...

Das Ausfuhrverbot für Rohisen bleibt bestehen. m. Köln, 26. Mai. (Eig. Drahtb.) Bei den Verhandlungen des Eisenwirtschaftsbundes über den Außenhandel in Rohisen...

Steigende Stickstoffherzeugung - eine Mahnung zur Abnahme in den Sommermonaten. w. Berlin, 26. Mai. (Drahtb.) Der beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft tagende...

Neue Seifenhöchstpreise. w. Berlin, 25. Mai. (Drahtb.) Die Seifen-Herstellung- und Vertriebs-Gesellschaft teilt mit: Die mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums festgesetzten Preise...

Belgische Anleihe in Amerika. Berlin, 26. Mai. (Eig. Drahtb.) Die seit mehreren Wochen in den Vereinigten Staaten wendende belgische Finanzkommission...

Waren und Märkte.

Die Krisis auf dem Häute-, Leder- und Schuhmarkt. Mannheim, 26. Mai. Durch die von Auktion zu Auktion immer mehr sinkenden Häute- und Fellpreise...

Fachliteratur.

Steuergesetzgaben in Elsners Betriebsbücherei. Im Verlage von Otto Elsner, Berlin S 24 erscheint bekanntlich eine Serieneausgabe von Steuergesetzen...

Welches Quantum? Worin besteht die Stadt den letzten Ansehens, anstatt ein entsprechendes Quantum Zucker zu geben? Bürgermeister Dr. Pöschmann gab im Namen des Stadtrats folgende Erklärung ab...

Willingen, 17. Mai. In fünfstündiger Kurambewegter Sitzung kam es zwischen dem Bürgermeistern a. i. d. A. und dem Kommunalverband Willingen-Stadt zu folgenden Auseinandersetzungen...

Aus dem Lande.

W. Felberberg, 20. Mai. Das Soloperpersonal des Stadttheaters hat den städtischen Theaterausschuß unter Hinweis auf 2 1/2 anstehende Sommermonate um die Gewährung einer Beihilfe von 1500 Mark gebeten...

Baden-Baden, 24. Mai. Im Gegensatz zu Ostern waren die diesjährigen Pfingstfeiertage vom Wetter sehr begünstigt. Drei zeigten sich am Himmel mitunter drohende Regenwolken...

Berichtszeitung.

Felberberg, 24. Mai. Vor dem Schwurgericht stand der 37 Jahre alte ledige Arbeiter Alois Fischer von Olfenau, Ost. Niederrhein. Im Oktober d. J. traf die Mutter des Angeklagten ihren Sohn anlässlich...

Sportliche Rundschau.

Der Deutsche Traber-Terz. Viel Staub, viel Hitz, viele Menschen und erregterweise auch viele Pferde in den einzelnen Rennen waren die Charakteristika des Traber-Terzabends bei den Pfingsttagen...

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Mai

Table with columns: Station, Datum, Pegelstand, Bemerkungen. Rows include Gelsheim, Wetzlar, Wehrhahn, Rels, Keln, vom Neckar, Mannheim, Heilbronn, Westwall, Baddeck 1-19.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

27. Mai: Heiß, teils Sonne, trübliche Regen, normale Temperatur. 28. Mai: Wenig verändert, teilsweise bewölkt. 29. Mai: Veränderlich, angenehm.

Witterungsbericht.

Table with columns: Datum, Barometerstand, Temperatur, Wind, Bemerkungen. Rows include 22. Mai, 23. Mai, 24. Mai, 25. Mai, 26. Mai, 27. Mai.

National-Theater.
Mittwoch, den 26. Mai 1920.
47. Vorstell. in Serie, Abteil. C (für H. Borzell C 30)
Der fliegende Holländer
Anfang 8 1/2 Uhr. Späte Preise. Ende 9 1/2 Uhr.
Künstlertheater „Apollo“
Nur noch heute und morgen Abend 7 1/2 Uhr:
„Schwarzwaldmädel“.

Palast-Theater.
Der Tanz auf dem Vulkan 1. Teil
Das Adoptivbaby 2 Akte
Wochentags Anfang 5 Uhr, Samstag und Sonntag 2 Uhr.

Friedrichs-Park.
Heute Mittwoch, 26. Mai
Nachmittag- und Abend-Konzert
Abend-Konzerte 8-11 Uhr. 180
(ausgenommen Dienstag und Freitag).

Kabarett Rumpelmayer.
Das anerkannt vorzügliche Mal-Programm.
Voranzeige: Samstag, den 29. Mai 1920
Benefiz- und Abschieds-Abend
des Melodramatikers
Paul Förster.

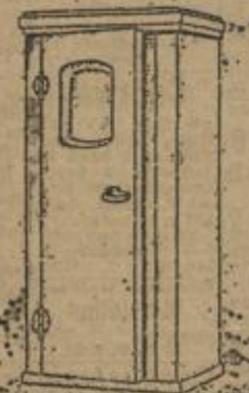
Nachlaß-Verkauf.
Aus herrschaftlichem Nachlaß verkaufe ich im Auftrage des Erben am 5448
Dienstag, 1. Juni 1920
vorm. 9-12 u. nachm. 2-5 Uhr
in Mannheim, D 7, 11, 2. Stock
gegen Barzahlung:
Schlafzimmer (Mahagoni): 2 aufgerüstete Betten mit prima Kissen, 1 dreiteiliger Spiegelschrank, 1 Waschtisch m. Marmorplatte u. Spiegelaufsatz, 2 Nachttische mit Marmorplatte, 3 Polsterstühle.
Esszimmer: 6 Stühle, Servierisch, Auszieh-isch, 12 Lederstühle, 1 Konsole mit Spiegel, 1 Bauernisch, 1 Uhr.
Rokoko-Salon: Eine Couch, 2 Sessel, 3 Stühle, 2 Hocker, 1 Tisch.
Schöne Einzelmöbel:
1 Sofa mit 4 Sessel, 2 Prachtstühle, Kristallleuchte, 2 Silberchränken, 1 Mahag-Spiegeltische, 1 Pflanzenschrank mit Marmorplatte und gr. Spiegel, 2 Pendelle, mehrere Kleiderschränke, Nachttisch, 1 Mahagoni-Toiletten- Spiegel, 1 Gasofen, Nachttische, Waschtisch, Schulschränken, Gasleuchte, Tisch, Wanne, Vasen, 2 Zierlampen (elugel) u. versch. a.
Gemälde von Derata, Heine, Sedlitz, Heider, Varese, Steen usw. Bilder und Rahmen mit Glas.
Badewanne mit Ofen.
Smyrna-Teppiche: 5x3,40 m — 6,30x4,20 m — 3x4 m — 3,70x3 m in schönen Dessins.
Reißener 24teiliges Eservice. Vorhänge in Rip, Pflsch und Seide.
Besichtigung: Montag, 31. Mai vormittags 10-1 Uhr.
Georg Landsittel, Ortsrichter
— Telefon 7369. —

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.
Donnerstag, 27. Mai gelten folgende Marken:
I. Für die Verbraucher:
Reisofen: Reismenge 200 Gramm zu M. 6,40, die Reismenge 5 in den Verkaufsstellen 65-225.
Speisefleisch: 1/2 Liter zu M. 2,40 für die Kolonialwarenmarken 15 in den Verkaufsstellen 601 bis 1068.
Mager- oder Buttermilch: Für 1/2 Liter die Marke 14. Gilt schon ab Mittwoch.
Kartoffeln: Für 10 Pfund Kartoffeln (das Pfund zu 45 Pfg.) die Marke 5 in den Verkaufsstellen 259-615.
Butter: 1/2 Pfund zu M. 1,10, die Buttermarken 102 in den Verkaufsstellen 876-1688.
Randensierte Milch: Zur Bestellung bis einschließlich Donnerstag, den 27. ds. abends für 1 Dose (entfettete) Milch zu M. 8.— die Milchmarken 16 in den Milchmarkenverkaufsstellen. Die Lieferung wird auf die Milchmarkenmarken 17 erfolgen, die vom Geschäftsinhaber auf der Rückseite abzukleben und dem Besteller zurückzugeben ist. Die eingemessenen Marken müssen am Freitag, den 28. u. Samstag, den 29. ds. während der üblichen Geschäftszeit im Erdgeschoss des Lebensmittelamts abgeliefert werden. Später abgelieferte Marken können bei der Verteilung nicht mehr berücksichtigt werden.
II. Für die Verkaufsstellen:
Zur Abgabe sind bereit:
Reisofen: Reismenge 200 Gramm zu M. 6,40 für die Verkaufsstellen 226-385 bei der Südd. Weisbäckerei im Schlachthof am Donnerstag, den 27. ds. nur vormittags von 7-11 Uhr. Nach dieser Zeit ist die Ausgabe der Reisofen geschlossen. Zusends und Gefäße mitbringen.
Wahlmarken.
Die Bäckereien und Weisbäckereien haben bis für das Hausabgabemessel eingenommenen Wahlmarken und den Stammschein der Kinderbrotskarte bis einschließlich Dienstag, den 1. Juni beim Lebensmittelamt Zimmer 26 abzugeben.
Eidlich bescheinigt, c. 2, 16/18.
Petroleum.
Gegen Abtrennung der Marken 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28 und 29 der gelben Karte je 1/2 Liter = 4 Liter. Gegen Abtrennung der Marke 11 der grauen Karte = 1/2 Liter in den durch Bekanntmachung bezeichneten Verkaufsstellen. Die vorhergehenden Markennummern sind verfallen. 114
Da bis Mitte September voraussichtlich kein Petroleum mehr zur Verteilung gelangt, empfiehlt es sich, mit der am heute ausgegebenen Menge Petroleum umzugehen.

Biergrosshandlung H. Hummel
D 5, 4 Telefon 6727 D 5, 4
empfiehlt sich den Herren Wirten und Flaschenbierhändlern zum Bezuge folgender Biere:
Dortmunder Union *5488
Münchner Löwen u. Mathaeser.

Zur gefl. Beachtung für
Raucher!
Der Verkauf von Restbeständen meines von mir nachversteuerten Lagers in
Qualitäts-
Zigarren
aller Preislagen
20 bis 30% billiger
als bisheriger Verkaufspreis dauert
nur bis 31. Mai d. J.
Albert Hoffmann
Mannheim — Ludwigshafen
H 1, 1-2, Breitestr. Ludwigsstr. 31
G 6, 6 Heidelbergstr. Ludwigsplatz 7

Telefonzellen



Schallsicher mit Holzplatten
Folierung & daher staubfrei
S. GUTMANN
MANNHEIM
* Q 3, 16 *

Radler u. Radlerinnen
welche mit Interesse und Freude einen unparteiischen
Radfahrer-Verein
gründen wollen, werden höflichst gebeten, ihre Adr. unter Sportfreund X. R. 167 an die Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben. 6488

Dr. Klopfer-Kinderernahrung,
nährsalzreicher Milchzusatz.
Diätpeise für Erwachsene. 5712
Reich an leichtverdaulichem Pflanzenmilch, natürlichen Mineralstoffen, Ergänzungsstoffen (Vitaminen) und löslichen Milchbestandteilen.
Dr. Volkmar Klopfer, Nährmittelwerk, Dresden-Leubnitz.

Nachlass-Versteigerung.
Im Auftrag des hies. Notariats Mannheim III verfertige ich die zum Nachlaß d. Simon Geiger Witwe, Witwe geb. Rändl hier gehörige, nachbenannte Gegenstände am Freitag, den 28. Mai d. J., nachmittags 2 Uhr K 2, 17 (Hof links) öffentlich gegen Barzahlung an d. Teilhabenden: Küchengeräte, Gläser, Porzellan, Tischgeschirre, getragene Frauenkleider, Hüte, Stiefel, Schirme, Tisch- u. Bett- u. Bettweilchen, Bordänge, Sofa und Koffer, 1 Polstortisch, Spiegel, Bilder, Stühle, 1 kleine Mahagoni- u. 2 kleine Eichen- u. 1 kleinerer Tisch, 1 Nachttisch mit Marmorplatte, 1 Kommode, 1 Sofa, 1 weisse, lammerne Stuhldecke, 1 Küchenstuhl, 1 vollständiges Bett mit Rohbaum-Rohrinne und Federbetten u. Sonstiges.
Der Nachlasspfleger:
Theodor Michel
Ortsrichter. 4093

Versteigerung.
Im Auftrag des Kommandes verfertige ich wegen Auflösung des Haushaltes am 4091 Freitag, 28. Mai d. J., vormittags 9 Uhr K 2, 17 (Hof links) öffentlich gegen Barzahlung: Küchengeräte, Gläser, Porzellan, getragene Frauenkleider, Tisch- u. Bett- u. Bettweilchen, große und kleine weisse Bordänge, 1 Hausapotheke, 1 Holzstühle, 1 eisernes Bettgestell, 1 Küchenschrank, 1 Mahag. Tisch, 1 Mahag. Tisch, 1 Harmonium, 1 Imm. Schrank, 4 vollständige Betten u. Sonstiges.
Theodor Michel
Ortsrichter.

Aufforderung.
Die „Badisch-Hof-Bräu“ G. m. b. H. in Sodenheim tritt in Liquidation. Alle diejenigen, die noch eine Forderung an die Besamme haben, werden hiermit zur Einreichung derselben aufgefordert. 6247
Sodenheim, den 7. Mai 1920.
Der Geschäftsführer:
Arthur Pfisterer.

Die Bade- und Schwimm-Anstalt für Frauen und Mädchen ist eröffnet. 6408
Sodenheim, den 7. Mai 1920.

Koch-Herde
in emailliert. u. schwarzer Ausführung 6860
in größter Auswahl
Metzger & Oppenheimer
Spezial-Geschäft
In Öfen und Kochherden
E 2, 13 Tel. 1280

Eilen Sie sofort
 ZU
Emil Lechner
R 7, 32 u. Gontardstr. 3, Tel. 6336,
wenn die Fensterscheiben, sowie Kunstverglasungen schnell u. preiswert repariert haben wollen! 697

Dach-Reparaturen
aller Art, einstell. Spenglerarbeiten werden prompt, sachgemäß und billigst ausgeführt
Schnepp & Co.
Luisenring 25 Mannheim Teleph. 7971

Statt besonderer Anzeige.
Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber unvergesslicher Mann, unser treubesorgter Vater *5566
Franz Nassner
Glasermeister
im 62. Lebensjahre auf einer Geschäftsreise durch einen Herzschlag verschieden ist.
Mannheim, R 8, 29, den 24. Mai 1920.
Die Hinterbliebenen:
Anna Nassner, Witwe,
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Donnerstag, mittags 1/2 Uhr statt.

Wer billig und gut kaufen will, kauft seine
Auto- u. Fahrradbereifungen
im
Autobereifungshaus Friedrich Botz
MANNHEIM, Augartenstr. 19
Großes Lager stets vorrätig.
Gummi-Reparaturen werden stets schnell und fachmännisch ausgeführt. *558

Echten Honig
Wälden und Tannenwälder preiswert. Gefäße mitbringen. 4095
Rothweiler, S 1, 16, 2 Tr.
Cement
Saffalt, Zerk, Portland, Trach und Kaltmergel bietet magonnette an
Deinert, Teandorf-Bohe bei Hamburg. 4075

Heinrich Stein
Agnes Stein
geb. Stöckert
Verwählte.
Leaves (Schweiz) Mannheim R 3, 13
Mannheim 1920. *558

Von der Reise zurück
Dr. Th. Gernsheimer
Arzt 6470
Tel. 5. P 1, 3.

Meng & Kappes
praktische Tierärzte
Sprechstunden nachmittags 3-4 Uhr.
Telephon 3386. E 4, 12.

Damen- und Herren-Hüte
werden in moderne Wiener und Berliner Formen wie neu umgepreßt und umgenäht
R. Hetzler, U 2, 3 am Schulhausplatz

Schmutzige Tapeten
Wände und Decken reinigt
„REIB-SO“
Eine Dose genügt für ein Zimmer
Erdlich in Drogerie- und Tapetengeschäften
Hersteller:
Chem. Fabrik Petroschke & Schöner, Dresden. 11
5670

Zum Sohlen und Flecken
empfehle meinen Ausschnitt in
la. Kernleder
sowie sämtliche Schuhmacher-Artikel
Continental - Gummi - Absätze
in allen Größen
Carl Kamm, Mannheim
F 3, 17, Ecke. 6960

Mauer- u. Kassen-schränke
in verschied. Größen, sofort lieferbar 8960
Peter Schäfer, Collinstr. 4.